

# Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate  
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30  $\mathcal{G}$ ,  
Bergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\mathcal{G}$ ,  
Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{G}$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

## Zur Maifeier 1900.

Der Lenz erwacht! Laulinde Lüfte wehen,  
Schon schmolz der Schnee im Thal und auf den Hügel,  
Nur selten hörst Du noch den Schrei der Krähen,  
Ein Säugervolk erscheint auf leichten Flügeln,  
Aus frischem Grün die kleinen Blümchen spähen,  
Froh springt der Bach, frei von des Eises Hügel,  
Durch düst're Wolken hell die Sonne lacht,  
Und froh ertönt es rings: Der Lenz erwacht!

Der Lenz erwacht! Das ist ein Jubiliren,  
Die Vögel singen herrlich in den Lüften;  
Hieß', wie die kleinen Käferchen sich rühren  
Und summend steigen aus der Erde Gräften,  
Das kleinste Blümlein will die Aue zieren,  
Die Luft erfüllen mit den feinsten Düften,  
Und Alles freut sich rings des Frühlings Fracht,  
Das klingt und singt und schwirrt: Der Lenz erwacht!

Der Lenz erwacht! Was sinnst Du, Mensch, so frühe?  
Warum so düster Deiner Augen Blicke?  
Fühlst Du den sel'gen Pulsschlag nicht der Liebe,  
Daß er, Dein Herz erwärmend, Dich beglücke?  
Sind schon erstorben Deine Lebenstriebe,  
Daß nicht das Herrliche auch Dich entzücke?  
Wach' auf aus Deines Brütens düst'rer Nacht  
Und stimme fröhlich ein: Der Lenz erwacht!

Der Lenz erwacht! Hörst Du die Lerche schmettern?  
Das freie Lied ertönt aller Orten,  
Die Sonne kündet schon mit eh'rnen Lettern  
Der Lüge Untergang mit glück'nden Worten;  
Dort ballen Wolken sich zu mächt'gen Wolkern,  
Vernichtung dräu'nd der Tyrannei Horden.  
Allüberall ist schon der Kampf entfacht,  
Ihr letzten Schläfer auf! Der Lenz erwacht!

Der Lenz erwacht! Wohl hörst Du noch das Schreien  
Der Krähen, dieser düsteren Gesellen,  
Doch mächtiger ertönt das Lied der Freien,  
Das Licht wird doch die Finsterniß erhellern;  
Ich hör' von ferne liebliche Schalmeyen,  
Es keimen schon der Zukunft Immortellen,  
Der Völkerfrühling naht, eh' Du's gedacht,  
Die Anechtshaft wankt und stürzt: Der Lenz erwacht!

Anton Schr.

### Lohnbewegung.

Zuzug ist fern zu halten von:

- Eisbläser nach Arnstadt i. Th., Barel (Lietgen), Düneburg, Heidenau i. Sachf. (Wittmer & Zimmermann)
- Krefeld, Grünberg in Schl., Biberach, Emden
- Ulm a. d. D., Straßburg im Elsaß (Firma Wosch), Singen a. S., Einbeck, Schwiebus, Regensburg, Rastatt (F. Treßler), Innsbruck, Altenburg, Remscheid, Zeitz, Meiningen;
- Sautischlern und Glasern nach Nürnberg (Bauernfeind'sche Fensterfabrik), Meissen;
- Modellschlern nach Hamburg und Frankenthal (Höfcher), Düsseldorf (Ganiel & Co.);
- Parquetbodenlegern nach Riesa, Leipzig;
- Uhrenlastenschreinern, Hülsenarbeitern u. Arbeiterinnen nach Schramberg (Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik), Schmölln (Weghausefabrik von Schade & Co.);
- Polstern nach Dresden, Rabenau;
- Polstern, Stuhl- und Sophabauern nach Striegau;
- Politurarbeitern nach Fürther Spiegelrahmenfabriken;
- Möbeltischlern, Holzbildhauern, Drechslern, Stellmachern, Polstern und Maschinenarbeitern nach Würzburg, Wambrohn (Gebr. Wallfisch);
- Flavier- und Harmoniumarbeitern nach Ulm a. d. D.;
- Perlmuttern-Drechslern nach Frankenhäusen a. Rhod. und Kelbra;
- Drechslern nach Ludenwalde (G. Wörfel);
- Stellmachern nach Magdeburg, Mannheim und Augsburg;
- Rifenmachern, Maschinenplaharbeitern nach Bremen;
- Bürsten- und Pinselmachern nach Berlin und Striegau;
- Korbmachern nach Berlin und Umgegend, Wolgast und Rügenbros;
- Kammern nach Kreuznach.

### Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Von Brutus.

#### II.

Das System der Gewinnbeteiligung soll, nach der Behauptung seiner Befürworter, zwischen Unternehmern und Arbeitern das einigende Band bilden, das dem heutigen Lohnsystem augenscheinlich fehlt. „Die Arbeiter sind“, sagt Freese, „wie die Unternehmer denkende und fühlende Wesen, die die Arbeit ihrer Hände als ihr einziges werbendes Kapital dem Unternehmer zur Mitarbeit anbieten, um Arbeitsleistungen auszuführen, die er allein nicht übernehmen kann. Daß diese Masse arbeitswilliger Hände dem Unternehmertume heute feindlich gegenübersteht, anstatt an seinem Erfolge mit Kopf und Hand theilzunehmen, ist das eindringliche Zeichen dafür, daß in dem heutigen Lohnsystem nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Die Beteiligung am Unternehmerngewinn kann hier helfend eintreten. Nicht als eine einfache Lohnzulage oder gar als ein Almosen, sondern als ein neues Lohnsystem, das die vorhandenen Gegensätze überbrückt und alle Theilhaber eines Unternehmens zu einer Familie vereinigt.“

Das auf Grundlage des heutigen Lohnsystems bestehende unerquickliche Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schildert Freese in dem erwähnten Buche auf Grund eigener Erfahrungen folgendermaßen:

„Von fast allen Unternehmern wird Klage darüber geführt, mit welcher geringer Sorgfalt und Lust die Mehrheit der von ihnen beschäftigten Arbeiter die ihnen übertragenen Obliegenheiten ausführen. Die Arbeit wird langsam und, wo die Aufsicht fehlt, sorglos ausgeführt. Das Material wird, besonders wo der Arbeiter auf Stücklohn beschäftigt ist, in unverantwortlicher Weise vergeudet. Die Arbeitgeber sind dann sehr geneigt, diese geringe Zuverlässigkeit ihrer Angestellten der Sorgfalt und dem Eifer gegenüber zu stellen, mit denen sie selbst ihre Obliegenheiten erfüllen. Sie stellen das geringe Interesse ihrer Leute dem von ihnen selbst entwickelten Eifer gegenüber. Sie übersehen dabei leider, was diese große Verschiedenheit in der Arbeitsleistung hervorruft. Wie kann der Arbeitgeber verlangen, daß der Angestellte mit dem gleichen Eifer die Geschäftsinteressen wahrnimmt wie er, da er für sich selbst, die Angestellten aber für einen Anderen arbeiten müssen?“

Als ein einfaches Mittel, diese Interesslosigkeit zu beseitigen, empfiehlt er den „Verzicht des Unternehmers auf einen bescheidenen (!!) Theil des Reingewinns, wodurch der Arbeiter von der einfachen Stufe des Entlohnens zu der höheren Stufe des Mitarbeiters und Theilhabers erhoben wird, von dem der Unternehmer andere Leistungen beanspruchen kann und erreichen wird.“ Man sieht, der Verfasser kennt das Sprüchwort: „Mit Speck fängt man Mäuse!“ und will die Methode „Mit einer Wurst nach einer Speckseite

werfen", als neues Mittel in die Ausbeutungspraxis einführen.

In der That ist die Beobachtung, daß ein Mensch fremde Interessen niemals mit dem Eifer und der Sorgfalt wahrnimmt, wie wenn es seine eigenen wären, unbestreitbar richtig; nicht minder richtig ist es auch, daß dieser Mangel in der menschlichen Natur tief und vielleicht unaustrittbar begründet liegt. Der Mensch ist seinem innersten Wesen nach Egoist, und wenn sein Egoismus auch bei besonderen Anlässen hinter den Altruismus zurücktritt, so ist er doch unter normalen Verhältnissen die Triebfeder seines Thuns und Lassens. Das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter beruht auf dem Sonderegoismus, weshalb Jeder von Beiden nur so viel leistet, wie er muß; dieser innere Gegensatz soll nun nach der Meinung des Verfassers aufgehoben werden durch das Antheilssystem, welches ein Mittelglied bildet zwischen dem einfachen Lohnvertrag und der auf dem Prinzip der Brüderlichkeit beruhenden genossenschaftlichen Produktionsweise.

Erfahrungsgemäß wirkt das System der Gewinnbetheiligung auf die in einem Betriebe beschäftigten Personen anfeuernd und anreizend, da ihnen der zu erwartende Gewinn als Lockvogel oder Reizmittel stets vor Augen schwebt; sie werden ganz naturgemäß intensiver und sorgfältiger arbeiten, sie werden mit dem Rohmaterial sparsamer umgehen und die Arbeitsmittel sorgfamer behandeln, als es sonst der Fall wäre, weil sie hoffen, daß ein Theil des dadurch erzielten Ertraggewinnes ihnen selbst wieder zu Gute kommen werde. „Die große Mehrzahl aller mit der nöthigen Ausdauer unternommenen Versuche“, sagt Freeze, „hat bewiesen, daß der Unternehmer dabei nicht mal ein Opfer bringt. Fast alle Berichte bezeugen glaubhaft, daß der abgetretene Theil seines bisherigen Reingewinnes mehr als vollständig eingebracht worden ist durch den größeren Eifer seiner Mitarbeiter. Man kann sogar sagen, daß der eigene Gewinn um so größer geworden ist, je höher die Gewinnantheile und somit der Ansporn war, den die Angestellten dadurch erhielten. Nicht wenig zahlreich sind sogar die Fälle, in denen Betriebe, die ehemals unrentabel waren, mit dem Tage der Einführung des Systems ein anderes Ansehen gewannen und zu einer Blüthe kamen, die sie ohne die Gewährung von Gewinnantheilen ihre Angestellten nicht erreicht hätten.“

Es ist also durch den Verfasser selbst konstatirt worden, daß das Erzielen eines Reingewinnes, oder die Steigerung desselben, der erhöhten Thätigkeit des Betriebspersonals zu verdanken ist, und daß ihnen nur ein Theil dieses Gewinnes wieder zufließt. Das System der Gewinnbetheiligung ist also, nüchtern betrachtet, weiter nichts als eine neue Methode, die Arbeitsleistung zu steigern, d. h. also mehr Arbeitskraft aus dem Arbeiter herauszupressen als vorher, ohne ihn für diese Mehrleistung voll zu entschädigen. Was das Kapital den Arbeitern, um mit Schiller zu reden, abnimmt in Scheffeln, das giebt es ihnen wieder in Löffeln. Es läßt sich deshalb wohl verstehen, daß Herr Freeze von seinem Standpunkte als Unternehmer diese Methode ein „Fabrikantenglück“ nennt; ebenso verständlich ist es aber auch, wenn die Arbeiter von ihrem Standpunkte aus nur sehr vorsichtig an den vorgeworfenen Speck herangehen.

Man muß es Herrn Freeze zugeben, daß er diese neue Methode nicht ohne Geschick seinen Kollegen mündgerecht zu machen und ihre Vortheile sehr verlockend auszumalen weiß. Er geht von dem bekannten Schema aus, daß in einem Betriebe drei Faktoren zusammenwirken: Kapital, Intelligenz und Arbeit; allen dreien kommt ein bestimmter Theil des Gewinnes zu. Es handelt sich in einem gegebenen Falle nur darum, das Verhältnis zu finden, nach welchem dieser Gewinn vertheilt werden soll. Selbstverständlich spielen — nach Herrn Freeze — Kapital und Intelligenz die Hauptrolle im Produktionsprozeß, weshalb ihnen auch der Löwenantheil des Gewinnes zufällt; die Arbeit, als das Achenbrödel, muß mit den Broden fürlieb nehmen, die von des Herrn Tischle fallen. Da nun der erhöhte Gewinn eine Folge der erhöhten Arbeitsleistung ist, ohne daß Kapital und Intelligenz irgend Etwas dazu thun, so hat — rein theoretisch und rechnerisch betrachtet — die Arbeit keinen Vortheil durch das Antheilssystem, sondern einen direkten Nachtheil, weil sie nur einen Bruchtheil der Mehrleistung wieder zurück erhält. Betrachten wir dies an einem praktischen Beispiele. In dem von Jean Leclair gegründeten Geschäft betrug der Reingewinn im Jahre 1897, nach Abzug der Löhne, Gehälter, Abschreibungen und Kapitalzinsen rund M. 268 000. Hier von wurde die Hälfte, M. 134 000, unter die 132 Arbeiter vertheilt; M. 67 000 floßen in die Kasse und das letzte Viertel, M. 67 000, fiel dem Inhaber des Geschäftes zu. Das „Kapital“ wurde

im Vorwege mit den üblichen Zinsen abgefunden, die „Arbeit“ erhielt für ihre besonderen Bemühungen auf jeden ihrer Vertreter M. 1000, während die „Intelligenz“ mehr als 60mal so viel für sich in Anspruch nahm. Diese rein willkürliche Vertheilung eine gerechte zu nennen, scheint uns denn doch etwas kühn zu sein, wenn man nicht annehmen will, daß die Leistung eines derartigen Geschäftes wirklich eine solch' kolossale Leistung ist. Nur ein Arbeiter, der sich durch den Schein blenden läßt und die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt, wird der Ansicht sein, daß der auf ihn entfallende Gewinnantheil ihn für die von ihm geleistete Mehrarbeit voll entschädigt; kommt er zum Nachdenken, so wird er auch hierin, und hierin erst recht, die Spuren kapitalistischer Ausbeutung entdecken.

Eigentümlicher Weise giebt es Kapitalisten, die noch obendrein verlangen, daß die Arbeiter, welche am Reingewinn theilhaftig sind, auch zur Deckung eines eventuellen Verlustes herangezogen werden. Dieses „Gerechtigkeitsprinzip“ wirkt geradezu auf die Lachmuskeln, indem man die Arbeiter für etwas verantwortlich machen will, woran sie keine Schuld tragen. Warum soll der durch schlechte Geschäftskonjunkturen, verschärfte Konkurrenz oder mangelhafte Leitung entstandene Verlust von Denjenigen gedeckt werden, die darauf gar keinen Einfluß haben? In dieser Beziehung hebt Freeze mit Recht hervor, daß es noch Niemandem eingefallen ist, die Direktoren einer Aktiengesellschaft, welche hohe Gewinnantheile (Antien) beziehen, zu verpflichten, einen eventuellen Verlust zu decken, trotzdem in diesem Falle sich die Verpflichtung viel eher rechtfertigen ließe. Zuerst also wird der Arbeiter durch das Lockmittel des Gewinnantheils zu erhöhter Leistung angestoppt, dann wird aus irgend einem Grunde mit Verlust gearbeitet und — das Betriebspersonal soll den Verlust decken, wahrlich, ein größerer Lohn auf die Gerechtigkeit läßt sich kaum denken. Ebenso verhält es sich mit dem von kapitalistischer Seite erhobenen Einwurf, daß die Gewinnbetheiligung die Autorität des Unternehmers untergrabe und, besonders wenn mit Verlust gearbeitet werde, Haß und Verachtung säe. Als ob nicht viel eher Haß und Verachtung gesäet würde, wenn die mit einem fargen Hungerlohn abgepeinigten Arbeiter sehen, wie die Eigentümer resp. Aktionäre eines Unternehmens Millionen von Thalern als fette Dividenden in die Tasche stecken! Die kapitalistische Produktionsweise züchtet geradezu die schlechtesten Instinkte des Menschenherzens, während die Gewinnbetheiligung wenigstens den Versuch macht, die offenbarsten Ungerechtigkeiten ein wenig zu mildern.

Der schärfste Einwurf, den man dem System der Gewinnbetheiligung machen kann, stellt dem „guten Herzen“ des Kapitalisten ein recht schlechtes Zeugniß aus; es wird nämlich häufig behauptet, die Unternehmer würden die festen Lohnbezüge ihrer Arbeiter mit Rücksicht auf die Gewinnantheile herabdrücken, so daß das Endergebniß dasselbe bliebe. Diese Behauptung würde unbedingt richtig sein, wenn die Gewinnbetheiligung das einzige Mittel wäre, den Antheil der Arbeit an den Produktionsergebnissen zu steigern. Das ist aber zum Glück nicht der Fall, vielmehr ist die Gewerkschaft auch noch da, die den Zweck verfolgt, die Löhne nicht nur gegen ein Herabdrücken zu schützen, sondern sie auch allmähig, den Verhältnissen entsprechend, in die Höhe zu bringen. Die Gewinnantheile dürfen und sollen nur ein Aufschlag sein, der über die üblichen Löhne hinaus den Arbeitern für ihre besondere Anstrengung und Aufmerksamkeit vom Unternehmer gewährt wird. Thöricht wäre es darum, wenn die Arbeiter in dem Antheilssystem ein Alibi erblinden und die Gewerkschaft vernachlässigen wollten;\*) das hieße denn doch wegen des Sperlings auf dem Dache die Taube aus der Hand fliegen lassen. Die Einführung der Gewinnbetheiligung darf natürlich keinen Arbeiter abhalten, sich durch Vereinigung mit Seinesgleichen vor allen Dingen seine festen Lohnbezüge zu sichern; andererseits hat er aber auch keinen vernünftigen Grund, ein über die üblichen Löhne hinausgehendes Mehreinkommen zurückzuweisen, wenn der Unternehmer es ihm gewähren will.

Wir wissen wohl, daß man im Allgemeinen in Arbeiterkreisen von diesem System nicht viel hält, weshalb es uns rathsam erschien, der Sache einmal näher zu treten; wir sind die Letzten, die sich über die Vor-

theile desselben Illusionen hingeben, glauben aber, daß die vorwärts strebende Arbeiterklasse jede neu auftauchende Idee, die einen Vortheil verspricht, nüchtern und vorurtheilslos in den Bereich ihrer Erörterungen ziehen muß. Nach der Berechnung eines englischen Statistikers betrug im Jahre 1897 der Durchschnittsgewinnantheil, der auf den einzelnen Arbeiter entfiel, 7 1/2 pZt., d. h. also, auf je M. 100 Lohn erhielt der am Gewinn theilhabende Arbeiter durchschnittlich ein Aufgeld von M. 7,20. Es ist dies kein überwältigendes Ergebnis, aber immerhin ein Zuschuß, den der Arbeiter wohl gebrauchen kann. Mit Bezug hierauf meinte ein Franzose nicht mit Unrecht: „Arbeiter, laßt Euch das Brot nicht nehmen; die Butter darauf ist aber auch nicht zu verachten!“

Vor allen Dingen hat der Arbeiter, falls ein Unternehmer mit dem System der Gewinnbetheiligung an ihn herantritt, Zweierlei zu beachten: Erstens darf er sein eigenes Wohlergehen dabei nicht aus dem Auge verlieren dadurch, daß er seine Arbeitsleistung auf Kosten seiner Gesundheit steigert, und zweitens muß er stets daran festhalten, daß ihm in seinem Gewinnantheil immer nur ein Bruchtheil seiner Mehrleistung zurückerstattet wird. Wenn er so mit Ueberlegung und Bedacht zwischen dem System selbst und den damit verbundenen Absichten des Unternehmertums scharf unterscheidet und sein Verhalten darnach einrichtet, so dürfte ihm die Gewinnbetheiligung immerhin einen kleinen Vortheil bringen. Sie wird außerdem seinen Appetit auf ein höheres Einkommen reizen und ihn anspornen, seine Leistung und die Gegenleistung des Unternehmers in ein gerechtes Verhältnis zu bringen. Der Appetit kommt bekanntlich beim Essen, und es steht nicht zu befürchten, daß ein denkender Arbeiter sich mit dem Broden der Gewinnbetheiligung auf die Dauer begnügen wird. Es wird dann vielmehr das gerade Gegenteil von Dem eintreten, was die kapitalistischen Harmonieapostel erwarten.

### Dritter Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,

abgehalten in Nürnberg vom 16.—22. April.

In den schön dekorierten „Zentralkäfen“ traten am 16. d. M., Abends 8 Uhr, die Delegirten des Verbandes zusammen. Ein Gesangverein begrüßte die Theilnehmer durch das schöne Lied: „Brause mein Sang, der Freiheit zu Ehren“.

Kollege Dorn-Nürnberg begrüßt in herzlichen Worten im Namen der Nürnberger Mitglieder die Delegirten und wünscht, daß die Beratungen in den historischen Mauern Nürnbergs dem weiteren Ausbau und der Erstarkung des Verbandes dienen werden. Kloß eröffnet dann den Verbandstag, heißt Namens des Gesamtvorstandes die Delegirten willkommen und hofft, daß die Beschlüsse dieses Verbandstages ebenso wie die seiner Vorgänger dem Verbandswohl zu Gute gereichen mögen. Zu provisorischen Vorsitzenden werden Kloß und Raith, zu Führern der Rednerliste Starke und Meusch gewählt.

#### Erster Verhandlungstag.

Die am Eröffnungabend gewählte Mandatsprüfungskommission macht bekannt, daß 79 von 80 gewählten Delegirten anwesend sind. Einzelne Mandate wurden von der Kommission beanstandet, doch erklärte der Verbandstag dieselben für gültig. Ueber das beanstandete Mandat des Vertreters der 26. Wahlabtheilung, Kollegen Weims, wurde ein Beschluß bis zu dessen Ankunft ausgesetzt. Die ordentliche Wahl ergab, daß Kloß und Glöck als Vorsitzende, die Kollegen Deisinger und Leopold Runze als Schriftführer und die schon oben genannten Kollegen Starke und Meusch als Führer der Rednerliste gewählt wurden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt der Verbandstag das Andenken der im Laufe der letzten zwei Jahre verstorbenen Kollegen.

Zum ersten Male nahmen an unseren Verbandstagen auch Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen Theil. So der dänische Holzarbeiterverband durch die Kollegen Christensen und Petersen aus Kopenhagen, der österreichische Holzarbeiterverband durch den Kollegen Skarec aus Wien.

Nach Wahl einer Beschwerde- und einer Revisionskommission giebt Kloß den Vorstandsbericht. (Wir können denselben seines Umfanges wegen hier nicht zum Abdruck bringen, sondern verweisen auf das in Kürze erscheinende ausführliche Protokoll. Die Red.) Redner giebt zu dem Bericht in Bezug auf die stattgefundenen Streiks eine Reihe Erläuterungen, besonders wies er darauf hin, daß der Vorstand nicht immer unbedingt Vertrauen zu den Gauhörständen haben könne, wie sich in mehreren Fällen zeigte. Es hätten einzelne die Situation an den Streiforten nicht zu überblicken vermocht oder sie hätten nicht den Muth gehabt, den Kollegen von eventuell ausschließlichen Streiks abzurathen. Theils ist auch der Vorstand nicht objektiv unterrichtet worden. Die Haltung der Gauhörstände führte in mehreren Fällen dazu, daß der Vorstand über deren Köpfe hinweg das Gegentheil beschloß von dem, was die Gauhörstände empfahlen. Im Weiteren sei es notwendig, dem Vorstande Vertrauen entgegenzubringen und die Vorurtheile gegen denselben fallen zu lassen. Näher erörtert Redner die Streiks in Berlin und Frankfurt a. d. O. und sagt in Bezug auf ersteren, daß wenn der Vorstand über größere Mittel verfügt haben würde, man mit den Einigungsversuchungen nicht einverstanden, sondern Generalforderungen gestellt haben würde.

In der Diskussion beschwerten sich drei Leipziger Delegirte, daß der Vorstand ihnen in Bezug auf die Streikigkeiten der Buchdrucker contra Gewerkschaftskartell einen Vorwurf gemacht hatte. Nach längerer Diskussion wurde der Theil des Berichts, der diesen Vorwurf enthält, für berechtigt erklärt.

Zum Punkt „Lohnbewegung“ wird von Stufche und Matthes-Berlin erklärt, daß die Stellungnahme des Vorstandes

\*) Ich halte die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter für ebenso unvermeidlich wie die Berufsvereine der Unternehmer. . . Gewerkschaften und Gewinnbetheiligung schließen sich nicht gegenseitig aus, beide sind notwendig. . . Wo kein besonderer Anlaß zu Misstrauen vorlag und das System sich von Fehlern freihält, haben die (englischen) Gewerkschaften keinen Anlaß gehabt, es zu bekämpfen. Es ist noch keinem dieser Vereine eingefallen, Unternehmer nur deswegen zu bekämpfen, weil sie ihren Arbeitern mehr zahlten, als diese verlangten. (Freeze, a. a. O., S. 38.)

in Bezug auf die Streiks in Frankfurt a. d. O. und Trebitz nach ihrer Ueberzeugung, nicht richtig war. Sie wollen aber zugeben, daß auch sie in mancher Beziehung getriert hätten.

**S p e n s e** - Stettin tabelt, daß die Leitung des Berliner Streiks ihr Einverständnis nicht erklärte mit der Einstellung der Arbeit von Tischlern auf der Vulkanwerk.

**L o d e** stellt einzelne Ausführungen des Vorredners richtig und konstatiert im Weiteren, daß bei der Führung des Streiks in Berlin durchaus taktisch verfahren sei.

**S e d n e r** - Breslau stellt den Antrag, der Verbandstag wolle beschließen, daß die Kosten des Streiks in der Wagenfabrik Linke (Aktiengesellschaft) auf die Verbandskasse übernommen werden.

**A m e n d** - Neu-Spenburg plaidiert dafür, daß den Wünschen der kleineren Zahlstellen mehr als bisher Rechnung getragen werde. Im Uebrigen ist er mit der Stellungnahme des Vorstandes, dem Streik in Numpenheim gegenüber, nicht einverstanden. Es habe sich um einen Abwehrstreik gehandelt und da durfte der Vorstand nicht ohne Weiteres von vornherein nur für 14 Tage die Streikunterstützung zusichern.

**S c h n e e g a ß** (Vorstand) ersucht, den Antrag Breslau abzulehnen. Es sei nicht angängig, nachträglich die Kosten eines nicht genehmigten Streiks zu bewilligen. Mit demselben Recht könnten noch eine Reihe anderer Orte dasselbe Verlangen stellen. In Bezug auf Frankfurt a. d. O. (Streik bei Manz & Gerstenberger) rechtfertigt er die Entziehung der Streikunterstützung seitens des Vorstandes. Wenn der Vorstand Fehler gemacht hätte in diesem Streik, so sei es der, daß er den Streik überhaupt genehmigt hat, und der zweite war der, daß er, als er nach 14 Tagen sah, daß infolge der großen Zahl von Arbeitswilligen überhaupt nichts mehr zu erreichen war, die Unterstützung nicht sofort entzog.

**W e b e r** - Stuttgart. Als der Streik in Stuttgart zwölf Wochen gedauert, sei der Vorstand um eine höhere Unterstützung gegangen. Als die Unternehmer sahen, daß diesem Ersuchen Folge gegeben und zugleich auch eine Summe von M. 10 000 für Dänemark bewilligt wurde, waren sie gefügiger, ließen sich auf Verhandlungen ein und die Folge dieses Zugeständnisses des Vorstandes hatte den Sieg der Stuttgarter Tischlerstreiks zur Folge.

**S ö n n i n g e r** - Stuttgart ist damit einverstanden, daß der Vorstand Vorsicht bei Streiks walten läßt, aber er soll dies auch zu geeigneter Zeit thun. Beim Stuttgarter Streik sei dies nicht geschehen. Würde der Vorstand sofort die Genehmigung gegeben haben, wären Tausende Mark erspart worden.

**S t o l p e** - Grünberg appelliert an die großen Zahlstellen, mit der Inszenierung von Streiks zurückzuhalten und die kleinen Orte zu berücksichtigen.

**F l a c h** - Offenbach: Es muß den einzelnen Orten überlassen bleiben, wann sie den geeigneten Zeitpunkt für gekommen sehen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Es dürfe nicht immer dem Vorstand das Recht eingeräumt werden, allein zu entscheiden, wann dieser Zeitpunkt gekommen sei; das müßte den Kollegen am Orte überlassen werden. In der Nähmaschinenfabrik Kamm in Numpenheim habe es sich um Verweigerung der Ueberstunden gehandelt, da sei gerade zu Weihnachten die günstigste Zeit gewesen, und da durfte der Vorstand aus taktischen Gründen die Unterstützung nicht nur für eine bestimmte Zeit bewilligen.

**E l t e r** - Fürth weist darauf hin, daß in einer ganzen Reihe Orte Verstöße gegen § 22 des Streikreglements vorgekommen seien. Es sei in Göttingen beschlossen, die Ueberstunden möglichst zu beseitigen, und jetzt erlebe man, daß in fast allen Orten ein Aufschlag für Ueberstunden gefordert werde. Dadurch würde die Arbeitszeit nicht verkürzt, sondern verlängert.

**M a t t h e s** - Berlin rechtfertigt nochmals sein Verhalten im Streik bei Manz & Gerstenberger. Ein früheres Mitglied der Ortsverwaltung hat den Fabrikanten G. dahin aufgeklärt, daß, wenn die Fabrik voller Arbeiter sei, der Streik vom Vorstande aufgehoben werde. G. hat diesen Fingerzeig befolgt und Schuster, Schneider, Töpfer usw. in die Fabrik hineingezogen. Nun sei der Vorstand schen geworden, und habe sofort den Streik aufgehoben. So schuldlos an dem Mißlingen des Streiks sei der Vorstand nicht, wie ihn Schneegäß hingestellt habe.

**A h r e n s** - Berlin glaubt, daß es taktischer gewesen wäre, wenn der Vorstand den Streik in Frankfurt von vornherein abgelehnt hätte, denn im Monat Oktober sei kein Erfolg mehr zu hoffen. Der Gauborstand in Berlin habe seine Aufgabe, dem Vorstande gegenüber, hauptsächlich nicht voll erfüllt; er habe es mit verschuldet, wenn der Vorstand einem ausichtslosen Streik die Genehmigung gegeben habe. Im Uebrigen befürwortet Rehner, wenn möglich, vor oder doch während eines Streiks auf annehmbare Einigungsbedingungen einzugehen, wenn die Ehre des Verbandes nicht darunter leide.

**S l o s** hat das Schlusswort: Es ist unmöglich, daß dem Gauborstand das Recht eingeräumt werden könne, über Streiks entscheiden zu können. Der Vorstand habe zweifellos nicht geschrieben, daß er den Streik mit „schwerem Herzen“ genehmigt habe, sondern in dem Sinne: „Da Ihr nun einmal in der Patsche seid, wollen wir Euch für 14 Tage die Unterstützung zahlen.“

Der Antrag Breslau (siehe oben) wurde mit 36 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Zum Punkt: „Maßregelung von Mitgliedern“ führen Beschwerden die Delegirten aus Fürth und Zeitz. Hierin müsse Wandel geschaffen werden. Wenn Mitglieder durch ihre Thätigkeit für den Verband arbeitslos werden durch Maßregelung, dann muß auch die im Statut festgesetzte Unterstützung gezahlt werden.

Leipart bestreitet, daß es sich in Fürth um Gemäßregelte handelt. Die Arbeitslosigkeit der zwei in Betracht kommenden angeblich Gemäßregelten sei nicht eine Folge der Thätigkeit der Kollegen für den Verband, sondern auf den Konkurs der Firma, bei der sie arbeiteten, zurückzuführen. Im Uebrigen erkenne er an, daß, wie in Zeitz, eine Regelung der Unterstützung in Bezug auf deren Höhe notwendig sei.

Zum Punkt „Agitation“ wird eine Diskussion nicht beliebt.

Zum Punkt „Entwicklung des Verbandes“ giebt S l o s eine interessante Uebersicht, wie in den einzelnen Gauen und Gruppen der Verband zugenommen hat. Wir verweisen auch in diesem Falle auf das demnächst erscheinende ausführliche Protokoll. Eine Anzahl Delegirte beschwerten sich darüber, daß der Vorstand den Zahlstellen per Zirkular nahegelegt habe, verwandte Berufsgenossen, wie Würtzler, Wiltshauer, Zimmerer, Glaser usw., nicht aufzunehmen. Diese Vorchrift inorganischen ist unmöglich, empfehle sich auch nicht, Leute, die sich organisieren

wollen, zurückzuweisen, namentlich an solchen Orten, wo es nicht möglich sei, eigene Zahlstellen dieser fremden Berufe zu gründen.

**Zweiter Verhandlungstag.**

Zum Punkt „Gauborstände“ entwickelte sich eine rege Diskussion. Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die Gaueinteilung der Ausbreitung des Verbandes durchaus förderlich gewesen, und der weitere Ausbau dieser Institute im Interesse des Verbandes notwendig ist. Theils wird auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Konferenzen des Gaues nicht die Bedeutung haben, die ihnen beigelegt wird. Desgleichen wird moniert, daß der Zentralvorstand sich auf einer Reihe Konferenzen vertreten ließ. Eine diesbezügliche Resolution wird bis zur Statutenberatung zurück gestellt.

Das Mandat des Kollegen Weims wird für gültig erklärt. Zum Punkt „Innere Verwaltung“ beantragt die Zahlstelle Berlin, ihr die Listenabrechnung zu erlassen. Dieser Antrag wird von den Delegirten aus Köln, München, Göttingen und Leipzig unterstützt.

Während von mehreren Seiten der Sektionsbildung innerhalb der Zahlstellen das Wort geredet wird, wird von anderer Seite zur Vorsicht gerathen. Im Allgemeinen erstreckt sich die Diskussion auf die bessere Regelung der Kassenführung und Anderes.

Ueber den Bericht des Ausschusses, der gedruckt vorlag, entspann sich eine längere Debatte. In mehreren Fällen hatte der Ausschuss den Anträgen auf Ausschluß von Mitgliedern seine Zustimmung verweigert; in einem Falle handelte es sich um einen Werksführer, in mehreren anderen um Streikbrecher. Der Vorsitzende, Kollege Schmidt, betonte, daß viele Ausschüsse wahrscheinlich nicht vollzogen seien, wenn man sie nicht gleich nach einem Streik ausgesprochen hätte, wo bekanntlich die Erregung immer eine ziemlich große sei. Die Vergehen seien meistens sehr gering gewesen und deshalb habe der Ausschuss die Ausschüsse nicht bestätigen können.

Zu dem Bericht der Preßkommission, der gleichfalls gedruckt vorliegt, giebt Jacobs einige Erläuterungen bezüglich eingegangener Beschwerden und konstatiert, daß sowohl die Redaktion wie auch die Expedition ihre volle Schuldigkeit gethan hätten.

Hierauf begründete der Vertreter des Vorstandes, Kollege Leipart, den Antrag, Zeitung und Vorstand an einen Ort zu verlegen. Die Gründe waren dieselben wie vor zwei und vier Jahren, weshalb wir sie hier nicht näher erörtern wollen. Nur mag bemerkt werden, daß der Vorstand es ganz besonders darauf abgesehen hatte, einen größeren Einfluß als bisher auf die Zeitung zu bekommen, namentlich bei Lohnbewegungen. Dieser letzteren Ansicht trat der Redakteur, Kollege Böcke, mit aller Entschiedenheit entgegen und betonte, daß, wenn der Vorstand ihn über seine Stellungnahme zu den eventuellen Streiks besser als bisher informirte, dann sei dem Uebelstande, der sich, wie er gern zugeben wolle — manchmal unliebsam bemerkbar gemacht habe, sehr leicht abgeholfen.

Diese Anschauung, und namentlich auch die Erhaltung der Unabhängigkeit der Zeitung vom Vorstande, wurde fast von allen Diskussionsrednern getheilt. Es war daher auch kein Wunder, wenn außer den Berliner und Münchener Delegirten fast Niemand für Verlegung der Zeitung zu haben war. Der Antrag wurde mit großer Majorität (zirka 60 gegen 20 Stimmen) abgelehnt.

**Dritter Verhandlungstag.**

Zunächst wird eine Statuten- und eine Streikreglementkommission gewählt. Alle Anträge, welche eine Aenderung in der Ausstattung der Zeitung wünschten, wurden abgelehnt. Es folgt die Berathung der Anträge zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Das Referat für dieselbe hatte Kollege Leipart, das Korreferat Kollege St u b b e übernommen. Beide Redner verstanden in vorzüglicher Weise ihren entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten. Das Zahlenmaterial, welches Beide zur Verdeutlichung ihrer Ansichten herbeigeführt hatten, war ein überreichliches, so daß wir an dieser Stelle von einer Veröffentlichung absehen müssen. Wir verweisen aber auf das Protokoll, in welchem die beiden Referate nach stenographischen Aufzeichnungen des Protokollführers wiedergegeben werden.

Da prinzipielle Gegner nicht vorhanden waren, auch Kollege St u b b e vornehmlich nur die beantragte niedrige Beitragserhöhung bekämpfte, war die nachfolgende Debatte kurz.

S t a r e t - Wien konstatiert, daß in Wien mit der Reichsunterstützung einem großen Theile der Kollegen nicht gebietet war, und deshalb habe man sich nach einem Mittel umgesehen, um die indifferenten und verheiratheten Kollegen für den Verband zu gewinnen und sie demselben zu erhalten. Die Gründe, daß die Zahlung eines höheren Beitrages nicht möglich sei, könne nach seiner Meinung in Deutschland nicht in Betracht kommen, da die Löhne hier höher seien als in Oesterreich. In Oesterreich habe man gute Erfahrung mit der Einführung gemacht, die Zahl der Mitglieder sei beträchtlich gestiegen. Man habe die Beobachtung gemacht, daß trotz der hohen Steigerung der Beiträge die Zahl der Mitglieder nicht zurückgegangen, sondern gestiegen sei. Er könne nur empfehlen, dem Beispiele Oesterreichs zu folgen.

M a t t h e s geht auf einige Einwendungen Leipart's ein. Es sei nicht so, wie er gesagt, daß die Erfolge einer Lohnbewegung bald wieder verloren gingen, das trafe auf Berlin und auch wohl auf andere Orte nicht zu. Er bestreitet, daß der von Leipart vorgeschlagene Beitrag von 10 % ausreicht.

W e d e r kommt mit 10 % aus. St u b b e habe eigentlich für die Arbeitslosenunterstützung geredet. In Hannover habe man mit der fakultativen Einführung gute Erfolge gehabt, das gehe aber nicht, es müsse zentralistisch geregelt werden. Wenn der Beitrag erhöht würde, ohne den verheiratheten Kollegen etwas zu bieten, würden sie bald die längste Zeit der Organisation angehört haben.

L a g e s will voreist, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kollegen in kleinen Orten gebessert werden, und dann könne man an die Einführung denken. Er will die Mittel und Zeit besser zur Agitation und Schulung der Kollegen verwandt wissen, damit es gelingt, einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben zu können.

G e r l i c h e sieht in der Arbeitslosenunterstützung das Mittel, die Kollegen an die Organisation zu fesseln. Er bestreitet nicht, daß nur einige Tausend Mitglieder verlieren werden wegen der Beitragserhöhung, aber das schade auch nicht, nach und nach würde das ausfinden und ein Stamm von Mitgliedern bleiben.

S ö n n i n g e r bestreitet, daß eine Stabilität des Mitgliederstandes eintreten wird und glaubt, daß eine große Anzahl

Mitglieder verloren gehen, und zwar solche, die lange Jahre ständig in Geschäften arbeiten und nur aus Pflichtgefühl der Organisation angehören. Er wünscht, daß der Eringung besserer Arbeitsbedingungen größerer Werth beigelegt werde.

S l i n g e r glaubt, daß die finanzielle Durchführung der Arbeitslosenunterstützung gesichert ist.

Die Abstimmung über diese Frage war eine namentliche. 47 Delegirte stimmten gegen und 19 für Einführung. 14 Delegirte machten von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch. (Berlin, Harburg.)

**Vierter Verhandlungstag.**

Ueber Punkt 7: „Tarifgemeinschaft“ referirt Robert S c h m i d t. Diese Frage zeige, daß wir in Deutschland gegenüber England, dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, noch zurück sind. Die Auffassung der Unternehmer, Herr im Hause zu sein, verschwinde immer mehr mit dem Erstarken der Gewerkschaften. Eine Tarifvereinbarung mache sich heute auf den verschiedensten Gebieten bemerkbar, so in den Berufsgenossenschaften. Wir wollen durch die Tarifvereinbarungen stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß auch wir einen Zeitpunkt der Ruhe herbeiwünschen. Damit hören aber die Interessengegensätze nicht auf. Eine Harmonie nach dem Muster der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften würde ausgeschlossen sein. Welche Erfahrungen die verschiedenen Gewerkschaften gemacht haben, dafür beruft sich Rehner auf einzelnen Gewerkschaften. In England besteht zwischen den Bergwerksbesitzern und Arbeitern eine sogenannte Bohnstala, die je nach der Höhe der Kohlenpreise höher oder niedriger ist, aber nicht unter einen Minimallohn hinuntergeht. Ein weiteres Beispiel für die günstigen Erfolge der Tarifgemeinschaft liefert der Deutsche Buchdruckerverband. Mit Hilfe des Deutschen Buchdruckerverbandes gelang es auch den österreichischen Buchdruckern, eine Tarifgemeinschaft zu schaffen, die den Arbeitern dieses Berufes eine Lohnerhöhung von 2 Kronen pro Woche eingebracht habe. Auch die Maurer Deutschlands haben in zirka 180 Orten Tarifverhandlungen angebahnt, zum Theil Tarife abgeschlossen und Lohnerhöhungen ohne Kampf durchgeführt. Der Verband der Maurer ging noch weiter und wollte mit den Unternehmern für alle Orte Deutschlands feste Löhne festsetzen. Es scheint aber, daß die Unternehmer darauf nicht eingehen. Auch die Steinseher und viele andere Berufe haben Versuche dahin gehend gemacht. Rehner schildert dann näher das Abkommen, welches zwischen der Berliner Streikkommission und den Unternehmern des Holzindustriellenverbandes abgeschlossen wurde. Es sei der Achtzehnerkommission gelungen, ohne Eingreifen des Einigungsamtes theilweise recht annehmbare Lohnerhöhungen durchzusetzen. So vortheilhaft auch die Tarifgemeinschaft sein mag, ist doch Vorsicht geboten, daß beweise die schlechte Erfahrung, welche die Northumberlander Bergleute mit der gleitenden Bohnstala gemacht haben. Bei uns in Deutschland würde es äußerst schwer sein, Tarife resp. Akkordpreise abzuschließen. Bei Abschluß der Tarifgemeinschaften sei es unmöglich, die Akkordarbeit abzuschaffen. Gegen ihre Abschaffung würde sich das gesamte Unternehmertum wenden. Aber auch in Kollegenkreisen sei keine besondere Sympathie für Beseitigung der Akkordarbeit vorhanden, das zeige eine Umfrage in Berlin, woselbst sich ein Drittel für dieselbe erklärt habe. Man müsse sich aber gegen die schlimmsten Auswüchse wenden; die schlimmste Art der Ausbeutung bestehe aber in dem Prämiensystem. Auch dem Trucksystem müsse auf den Leib gerückt werden. Wichtig sei das Bestreben, daß Differenzen, die in Geschäften entstehen, für welche tarifliche Vereinbarungen bestehen, nicht zur Entscheidung vor die Gewerbebehörde gehören, sondern den Kommissionen überwiesen werden müssen. Im Uebrigen empfiehlt Rehner die folgende von ihm gestellte Resolution zur Annahme:

„Der Verbandstag schließt sich in seinem Urtheil über die Tarifgemeinschaft den Beschlüssen des Frankfurter Gewerkschaftskongresses an.“

Soweit sich in unserem Beruf Gelegenheit findet, feste Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter abzuschließen, sind solche anzustreben. Für die Art und Dauer solcher Verträge läßt sich keine allgemeine Norm festsetzen, wir betrachten es als Aufgabe der Verbandsleitung resp. der Verwaltung der Zahlstellen, die Vereinbarungen so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachtheil der in unserem Beruf beschäftigten Kollegen ausarten können.

Wir verkennen dabei nicht, daß gerade die eigenartigen Verhältnisse in unserem Gewerbe dem Abschluß der Tarifverträge vielfach hinderlich sind. Die besonders in großen Betrieben und bei Massenfabrication übliche Akkordarbeit erschwert wegen des Wechsels der Muster, der verschiedenen technischen Hilfsmittel und der ganz regellos eingeführten Theilarbeit die Aufstellung von Tarifen.

Es wird mithin bei dieser Arbeitsmethode nur möglich sein, durch Festsetzung von Minimalverdienstern in Akkord- oder bei Bohrarbeit, Abgrenzung der Arbeitszeit, Bezahlung von Nebenarbeiten, Beseitigung des Kost- und Logiswesens und andere Forderungen die Grundlage für einen korporativen Arbeitsvertrag zu schaffen.

Der Verbandstag sieht in dem Abschluß solcher Verträge keine Aufgabe eines gewerkschaftlichen Prinzips, sondern die Anerkennung eines starken Einflusses der gewerkschaftlichen Organisation, da ohne die Organisation solche Vereinbarungen keinen Nutschalt haben.“

Die Annahme geschah einstimmig.

Die Redaktionskommission erstattet Bericht und ersucht um Dechargeertheilung des Kassirers, was durch Abstimmung geschieht.

Hierauf erstattet die Beschwerdekommision Bericht. Bezüglich der einzelnen Fälle verweisen wir auf das kommende Protokoll.

Die Statutenberathungskommission beantragt, die Beiträge um 5 % zu erhöhen, aber auch die Leistungen des Verbandes zu erhöhen, und zwar insoweit, als die beim Ableben einer Gehälte bisher gezahlte Unterstützung von M. 25 bis auf M. 75 erhöht werden soll, und zwar jedes Jahr um M. 5 steigend. Theils ist auch in der Kommission der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Unterstützung bei Streiks vom ersten bezw. dritten Tage an gezahlt werden soll. Nach eingehender Diskussion, an der sich u. A. die Delegirten aus Göttingen und Grünberg i. Schl. als Gegner einer Erhöhung theilnahmen, wurde die Erhöhung des Beitrages auf 25 % in namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 22 Stimmen beschlossen. Jedoch hat eine Urabstimmung stattgefunden und werden daher die Mitglieder darüber endgültig zu entscheiden haben.

Die zu § 4 c und d gestellten Anträge bezwecken lediglich eine reaktionelle Aenderung und werden angenommen. Alle

Anträge, welche Krankenunterstützung eingeführt wissen wollen, werden abgelehnt.

Der Antrag, das Beitrittsgehalt von 40 auf 60 A zu erhöhen, wird mit 39 gegen 36 Stimmen angenommen.

Ein Antrag: „Bei Streiks über eine Woche den Mitgliedsbeitrag je Woche in Abzug zu bringen“, wird abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag, die Unterstützung nach § 4 b (Unterstützung in Sterbefällen) nach 52wöchiger Mitgliedschaft von M. 25, steigend mit M. 5 pro Jahr bis zu M. 50, zu erhöhen. Die weiblichen Mitglieder haben Anspruch auf die Hälfte dieser Unterstützungssätze. Alle Anträge, welche eine Veränderung in Bezug auf Krankenunterstützung bezwecken, werden nach den Vorschlägen der Kommission abgelehnt.

Der Vorstand beantragt: „Wer länger als acht Wochen restrikt, kann ausgeschlossen werden“, wird abgelehnt.

Die bisherigen 30 Pct. der Einnahmen für die Vorkassen bleiben ihr wie bisher. Alle entgegenstehenden Anträge werden abgelehnt.

Bezüglich der Anstellung der Sautorbücher wird dem Vorstande mit der Vorortzahlstelle freie Hand gelassen. Diese haben über die Zweckmäßigkeit der Festanstellung und über die Höhe des Gehalts zu entscheiden. Im Falle sich beide Körperschaften nicht einigen können, entscheidet der Ausschuss mit dem Vorstande gemeinsam.

Beschlossen wurde weiter: Zu außerordentlichen Verbandstagen wählen je 2000 Mitglieder einen Delegierten. Abgelehnt wird, daß zu ordentlichen Verbandstagen, nicht, wie beantragt, je 1000 Mitglieder, sondern je 800 einen Delegierten wählen. Doppelkandidaturen sind unzulässig.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Diäten für die Delegierten und der im Auftrage des Vorstandes entsandten Agitatoren wurden auf M. 12 pro Tag festgesetzt. Dem Streikreglement werden folgende Bestimmungen durch Beschluß eingefügt: Genehmigte Streiks werden vom ersten Tage an unterstützt. Angriffstreiks, welche nicht über 3 Tage dauern, werden nicht unterstützt. Dem Vorstande steht das Recht zu, Extrabeiträge von 10 A pro Woche zu erheben. Volle Streikunterstützung wird nach 13wöchiger Mitgliedschaft gezahlt. Bei kürzerer Mitgliedschaftsdauer wird die Hälfte, unter 4 Wochen keine Streikunterstützung gezahlt. Ein Antrag: „Für den gleichen Beitrag die gleiche Streikunterstützung zu zahlen“, wird mit 45 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Alle Anträge, welche eine Veränderung in der Höhe der Streikunterstützung bezwecken, werden abgelehnt. Die bisherigen Sätze bleiben bestehen. Beschlossen wird, das Gehalt der besoldeten Vorstandsmitglieder und Hilfsarbeiter um M. 10 zu erhöhen.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart, der des Ausschusses in Berlin. Der nächste Verbandstag soll in Mainz stattfinden.

Der Vorstand beantragt, im April noch einen Extrabeitrag von 20 A und vom 1. Mai bis 1. Juli, und zwar bis zur Erledigung der Urabstimmung über die Höhe des Beitrags, pro Woche 5 A Extrabeitrag zu zahlen. Der Antrag wird angenommen; ebenso der: daß 6 Wochen vor dem nächsten Verbandstag über die Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung vorgenommen wird.

Die bisherigen besoldeten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Statistische Erhebungen sollen im Jahre 1902 veranstaltet werden.

Der nächste Gewerkschaftskongress wird durch zehn Delegierte und je ein Mitglied des Vorstandes und des Ausschusses besichtigt. Zum internationalen Arbeiterkongress bezw. zum gleichzeitigen Besuch der Weltausstellung wird der Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ delegiert.

Ueber einen Antrag aus Leipzig: Für die Leipziger Mitglieder die Beiträge an die Generalkommission in Abzug zu bringen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende, Kollege Klob, giebt ein kurzes Resumé der Verhandlungen, dankt den Delegierten für ihre ernste Mitarbeit und bittet, daß jeder Einzelne nun auch im Sinne der gefassten Beschlüsse zur Erhaltung und Ausbreitung unserer Organisation seine volle Schuldigkeit thun möge.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband wurde der Verbandstag geschlossen.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter in Remscheid.

In Remscheid ist es zu einem Ausstand gekommen. Nur fünf Arbeitgeber, von circa 40, haben die Forderungen bewilligt. Es arbeiten 25 Kollegen zu den neuen Bedingungen. 110 Kollegen waren gezwungen, in den Ausstand zu treten; von diesen reisten sofort die Lehigen, 50 an der Zahl, ab; die Verheirateten konnten in den Nachbarstädten untergebracht werden, so daß nur noch 20 streikende Kollegen sich am Orte befinden. Also trotzdem wir solche minimale Forderungen gestellt haben, ist es zu einem Streik gekommen, und wären die Forderungen noch bescheidener gewesen, so wären wir trotzdem auf Widerstand gestoßen, denn das Unternehmertum geht von dem Standpunkt aus: Bewilligen wir den Schreimern diese Forderung, so machen wir deren Organisation Zugewandte. Dasselbe erwartet immer mehr und mehr und die Forderungen werden sich wiederholen. Im nächsten Frühjahr kommt man mit einer Verkürzung der Arbeitszeit und sie geben, die Bewegung durch ihren hartnäckigen Widerstand im Keime zu erlöchen. Auf unsere eingelegten Forderungen, deren Beantwortung wir bis zum 26. März erbeten hatten, bekamen wir keine Antwort. Seitens der hiesigen Schreinermeister wurden in verschiedenen Orten Rheinlands Erkundigungen über die Höhe der Löhne eingezogen. Bei welcher Gelegenheit der bekannte Innungsmeister Jakob aus Eberfeld seinen Kollegen den Rath erteilte: „Nur streiken lassen! Jenseits würde den Remscheider Meistern die größtmögliche Unterstützung zu Theil und gerade durch den Berliner Streik sei es ein Leichtes, die Strafkasse der Holzarbeiter auf's Neue zu bringen.“ Die Schreinermeister wandten sich ab dann zu den hiesigen Bauunternehmern, bei welchen eine große Anzahl Kollegen beschäftigt sind, um Stellung zu dieser Frage zu nehmen, erhielten von denselben aber die prosaische Antwort, was wüßte ein Einzelner auf diese Frage abgeben. Als die Schreiner aber Ernst machten, wählte man noch eine Kommission, welche mit der Lohnkommission des Holzarbeiterverbandes zu verhandeln hatte. In dieser Kommissionsitzung wurden unter anderem die Forderungen begründet und selbst die Meister mußten gestehen, daß die Forderungen gerecht und nicht unbefriedigend sind; eine Lohnerhöhung von 10 Pct. erschien ihnen zu hoch. Die

übrigen Forderungen wolle man bewilligen und nur eine Lohn-erhöhung von 5 Pct. Eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle beschloß, an den Forderungen festzuhalten; schon war man bei Aufstellung der Forderungen von 15 Pct. auf 10 Pct. herunter gegangen. Die Forderung war also so minimal gehalten, daß man unmöglich herunter gehen konnte. Die Meisterkommission wurde von dem Beschluß in Kenntniß gesetzt. Die Unternehmer beschloßen alsdann, nur 5 Pct. bewilligen zu wollen und auch die übrigen Punkte abzulehnen; es sollte den einzelnen Arbeitgebern überlassen bleiben, dies auf denjenigen Werkstätten einzuführen. Eine nochmalige gemeinschaftliche Sitzung der beiden Kommissionen verlief resultatlos. Die Unternehmer proklamirten ferner in den hiesigen Tagesblättern folgenden Versammlungsbeschluß:

Seitens der Freien Vereinigung der Schreinermeister Remscheids sind gegenüber dem Vorgehen der Gehilfen folgende Gegenmaßregeln ergriffen worden. Die Mitglieder der Freien Vereinigung verpflichteten sich, eine Konventionalkasse von M. 600 in Form eines Sichtscheffels, welcher bei Herrn Wilhelm Sassenhausen hinterlegt wird, in jedem einzelnen Uebertretungsfalle zu zahlen, wenn Nachstehendes nicht innegehalten bzw. übertreten wird: 1. Während des jetzt ausgebrochenen Schreinerstreiks und bis zur Beendigung desselben darf Keiner der Streikenden eingestellt werden; der Zeitpunkt ist festgesetzt auf den 12. d. Mts., Vormittags; bis dahin steht es den bereits in den Streik eingetretenen Gesellen frei, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es darf aber bis zum 12. d. Mts. kein Geselle von einer anderen Werkstatt in Remscheid eingestellt werden. 2. Vom 17. März d. J. ab gerechnet, darf Keiner eine Lohnhöhung von mehr als 5 Pct. des bis dahin gezahlten Lohnes, den sich in Arbeit befindlichen Gesellen bewilligen. Als Norm soll gelten, daß der Stundenlohn von 35-45 A um 2 A erhöht wird, von 45 A an aufwärts bis 60 A pro Stunde 3 A. Akkordarbeit ist ausgeschlossen. 3. Falls während des Streiks oder auch innerhalb eines Jahres nach Beendigung desselben der Holzarbeiterverband oder von Seiten der Gesellen einem einzelnen Meister oder Bauunternehmer, oder einzelnen Betrieben der Streik erklärt werden sollte, so erklärt sich die Vereinigung solidarisch bereit (ebenfalls gegen oben angeführte Konventionalkasse), sämtliche Gesellen zu entlassen, bis der Streik gegen die einzelnen Betriebe eingestellt ist. In welchem Falle der Sichtscheffels vorgezeigt wird, darüber entscheidet die Generalversammlung der Freien Vereinigung.

Ein fernerer Versammlungsbericht von einer Unternehmerversammlung besagt, daß sie die sichere Aussicht hätten, ihre Arbeiten von auswärtig fertig gestellt zu bekommen. Die Kollegen der umliegenden Städte haben Ursache, Wacht zu geben, daß keine Streikarbeit nach Remscheid kommt. Auch werden seitens der Unternehmer die größten Anstrengungen gemacht, Streikbrecher anzuerwerben. Besonders aber sind es die Herbergen von Köln, Düsseldorf, Elberfeld und Barmen, welche von den Unternehmern abgestreift werden. Wir erwarten, daß die auswärtigen Kollegen ihre Pflicht thun, ein wachsameres Auge auf die Herbergen haben und dafür Sorge tragen, daß keine Streikarbeit nach Remscheid kommt.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter und der Neunstundentag in Krefeld.

Im Laufe der letzten Woche ist eine bedeutende Veränderung in der Bewegung vorgegangen. Während am Dienstag, den 17. April, die Arbeiter der Holzschreinererei von Krefeldhermes die Arbeiten zu den neuen Bedingungen wieder aufgenommen haben, folgten am Mittwoch die Arbeiter der Sophagefäßfabrik von B. Scheutwinkel. Auch dort wurde die Arbeitszeit auf neun Stunden festgesetzt, der Lohn um 10 Pct. erhöht. In der betreffenden Fabrik wird jedoch nur Akkord gearbeitet; der neue Akkordtarif ist nun auch in der Weise geregelt worden, daß die Arbeiter voll befriedigt die Arbeit wieder aufnehmen.

Ferner wurde der von den Arbeitern gewählte Fabrik-ausschuss, welcher aus zwei Tischlern und einem Drechsler besteht, anerkannt. Dieser ist berechtigt, ev. Wünsche der Arbeiter dem Arbeitgeber vorzutragen. Einen unerwarteten Sieg erzielten wir jedoch in der Möbelfabrik von H. Strauder. Wir hatten am Anfange der Lohnbewegung diese Fabrik ganz aus dem Bereiche der Bewegung gelassen, weil eine Einigkeit unter den dortigen Arbeitern nicht zu erzielen war. Als aber unsere Bewegung schon Siege errang, fing es auch unter den dortigen Arbeitern an zu gähren und wurden sie sich dahin einig, folgende Forderungen dem Prinzipal zu unterbreiten: Neunstündige Arbeitszeit (bisher 10 Stunden) sowie M. 24 Lohnabschlag (bisher M. 22,50). Es wurde ein Ausschuss gewählt, welcher am Sonntagabend vorstellig wurde. Die Arbeiter erhielten Nachmittags folgenden Bescheid: Neunstündige Arbeitszeit und M. 24 Lohnabschlag. In der Abends abgehaltenen Werkstatteversammlung erklärten sich die Arbeiter bereit, unter diesen Bedingungen die Arbeit fortzusetzen. Es ist zu erwarten, daß die noch unorganisirten Kollegen auch erkennen, daß dieser Sieg der Organisation zu ver danken ist und sie sich nunmehr ebenfalls anschließen werden.

Während die Arbeiter Siege erringen, ist jedoch die Stimmung auch nicht müßig und versucht, diejenigen Arbeitgeber, welche die neunstündige Arbeitszeit bewilligt hatten, zu bewegen, die zehnstündige Arbeitszeit wieder einzuführen, womit sie auch schon Erfolg hat. Samstag, den 21. April, wurde den Arbeitern der Firma Gebrüder Koch, welche ohne Streik die Forderungen durchgedrückt hatten, sämmtlich gekündigt, falls sie nicht zehn Stunden arbeiten. Welchen Vortheil die Firma dadurch haben wird, mag sie daraus ersehen, daß die Arbeiter sämmtlich die Kündigung angenommen haben. Wir müssen hier noch erwähnen, daß auch noch immer organisirte Kollegen hier zu ziehen; wir bitten daher die Zahlstellenverwalter der Umgegend von Krefeld, die Kollegen davon in Kenntniß zu setzen, daß sich die Krefelder Kollegen im Streik befinden und wir erwarten, daß der Zuzug fern gehalten wird.

Bericht über die Lohn- und Organisationsverhältnisse der dänischen Tischler. April 1900.

Der Anfang der gewerkschaftlichen Bewegung in Dänemark datirt vom Jahre 1871.

In dem genannten Jahre wurde in Kopenhagen eine Abtheilung der in London gegründeten „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ errichtet, deren Aufgabe es war, den Kampf sowohl

für die politische als für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse zu führen.

Schon im Laufe desselben Jahres, als die „Internationale“ hier eingeführt wurde, bildeten sich im Rahmen dieser Organisation gewerkschaftliche Sektionen oder Abtheilungen mit der Aufgabe, die gewerkschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder aufzunehmen.

Es zeigte sich jedoch bald, daß die gesteckten Grenzen für die schnell aufblühende gewerkschaftliche Bewegung zu eng wurden, und Ende 1871 errichteten die Tabakarbeiter in Kopenhagen ihre noch jetzt bestehende Organisation.

Am 16. Februar 1872 folgten die Bautischler in Kopenhagen dem gegebenen Beispiele, und endlich errichteten die Möbeltischler und Stuhlmacher in Kopenhagen am 17. Dezember 1872 ebenfalls ihre eigene Organisation.

In den folgenden Jahren wuchs die Zahl der Gewerkschaften ziemlich stark, indem die guten Konjunkturen, welche bis gegen das Jahr 1877 herrschten, ihren Theil dazu beitrugen.

An dieses Jahr knüpfen sich für die dänischen Arbeiter recht unangenehme Erinnerungen, indem zwei der damaligen Leiter, auf welchen die Arbeiterbewegung zum großen Theil beruhte, wurde gemacht durch den Widerstand und Gefängnisstrafen, sich dazu bewegen ließen, aus dem Lande zu reisen und die von ihnen in's Leben gerufene Bewegung im Stich zu lassen.

Die Mittheilung dieser Thatsache wirkte wie ein Donner-schlag auf einen großen Theil der Organisationen, und als zu derselben Zeit ein sehr starker Niedergang in den Konjunkturen eintraf, führten diese Verhältnisse im Ganzen genommen eine bedeutende und langwierige Stagnation mit sich, sowohl in der gewerkschaftlichen als in der politischen Bewegung, welche Stagnation ein Theil der errichteten Vereine nicht überleben konnte.

Doch gelang es nach und nach dem Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, dem „Social-Demokraten“, welcher ebenfalls im Jahre 1871 errichtet wurde und noch jetzt zum großen Theil sich im Besitz der Kopenhagener Gewerkschaften befindet, den Mißmuth zu verjagen, und Anfangs der Achtziger kam dann die gewerkschaftliche Bewegung unter den dänischen Arbeitern auf's Neue in Fluß.

1885 versuchten die Kopenhagener Tischler, einen Verband sämmtlicher dänischer Tischler zu errichten, und die Vorsitzenden der Bautischlergewerkschaft sowie derjenigen der Möbeltischler unternahmen zu diesem Behufe eine Agitationsreise nach den größeren Städten in der Provinz, wo sie mit den dort bestehenden Organisationen der Tischler Verhandlungen anknüpften, ebenso wie sie einen Theil neuer Vereine errichteten.

Im Laufe des genannten Jahres wurde der „Dänische Tischlerverband“ errichtet, und ist dieser der älteste gewerkschaftliche Verband hier im Lande.

Um die Löhne zu heben und um die Arbeitsverhältnisse im Ganzen zu verbessern, ist unser Verband gezwungen gewesen, eine Masse Kämpfe zu führen.

Die meisten von ihnen hatten jedoch einen mehr defensiven Charakter, indem in der Regel keine partielle Streiks den Anlaß zu Aussperrungen von Seiten der immer wachsameren Meisterorganisationen gaben.

An Kollegen, welche entweder im Streik standen oder ausgesperrt waren, haben wir in den letzten neun Jahren 463 000 Kronen (= M. 509 300) ausgezahlt. Hieron fallen jedoch allein auf die Kiesenaussperrung im Jahre 1899 382 000 Kronen (= M. 420 200), von welcher Summe 187 000 Kronen (= M. 150 700) auf die Kopenhagener Bautischler kommen.

Als Folge von taktischen Unübereinstimmungen zwischen dem Tischlerverband und der Leitung der „Zentralisirten Gewerkschaftsverbände“ trat nämlich die Gewerkschaft der Kopenhagener Bautischler bei Anfang der Aussperrung 1899 aus dem Dänischen Tischlerverbande aus.

Aus diesem Grunde zählt der Verband jetzt nur ca. 2700 Mitglieder, ausschließlich Tischler und Stuhlmacher, gegen circa 4500 Mitglieder zu Anfang der Aussperrung.

Es herrscht jedoch fortgesetzt ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den Bautischlern und dem übrigen Verband, und von beiden Seiten hegt man den Wunsch, daß das Verhältnis zu der Landesorganisation sich derart entwickeln möge, daß eine Wiedervereinigung baldigst stattfinden kann.

In Kopenhagen bestehen gegenwärtig vier Organisationen in dem Tischlergewerbe, nämlich außer der Gewerkschaft der Bautischler die Gewerkschaften der Möbeltischler und Stuhlmacher, der Pianofortearbeiter und der Modellarbeiter. Die drei letztgenannten bilden also die Kopenhagener Abtheilungen des Verbandes, welcher im Ganzen 45 Abtheilungen zählt. In den Provinzialstädten stehen jedoch die verschiedenen Branchen innerhalb unseres Gewerbes in einem Verein. Die Gewerkschaft der Möbeltischler in Kopenhagen zählt ca. 900 Mitglieder und sie hat, ebenso wie diejenige der Bautischler, einen gelähmten Vorsitzenden, behufs Wahrnehmung ihrer Interessen.

Die Arbeitszeit ist überall in den Provinzialstädten 10 Stunden täglich. In Kopenhagen arbeiten die Pianofortearbeiter 9 Stunden, die Bautischler 9½ Stunden in den Fabriken (auf den Bauten je nach der Jahreszeit 7-9½ Stunden), und die Möbeltischler in den meisten Werkstätten 10 Stunden täglich.

In sämmtlichen Abtheilungen existiren Verträge und Preistarife zwischen den Meisterorganisationen und derjenigen der

Gesellen; diese Verträge können nur mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden und laufen stets am 1. April aus.

Der Minimums-Stundenlohn variiert für die Bauarbeit von 33 Dore in der Provinz bis 45 Dore in Kopenhagen, und für Möbeltischler und Stuhlmacher von 30 bis 36 Dore.

Es wird jedoch, namentlich in Kopenhagen, im überwiegenden Grade in Accord gearbeitet und zwar nach sehr detaillierten Tarifen, und ist den Kollegen laut Verträgen derselbe Lohn pro Stunde bei der Tagelohnsarbeit garantiert, wie sie gewöhnlich in Accord verdienen.

Der Organisationsgedanke hat bei den dänischen Arbeitern sehr tief Wurzel geschlagen.

Es wird als ganz selbstverständlich angesehen — sowohl von den Arbeitern, wie von den Meistern —, daß ein Mann seiner gewerkschaftlichen Organisation angehört. Deshalb findet man in den Städten nur ganz vereinzelt Leute, welche außerhalb der Organisation stehen, und das Zusammenarbeiten mit diesen wird in der Regel verweigert.

Selbstredend giebt es in den Dörfern Tischler, welche der Organisation nicht angehören, ebenso wie es Stellen giebt, wo ein Geselle ganz allein bei einem Meister arbeitet und dadurch dem Einfluß seiner Kollegen entzogen ist, weshalb er dann außerhalb der Organisation steht.

Die Abtheilungen des Verbandes sind sehr selbstständig gestellt. Sie haben ihre eigenen Statuten, den örtlichen Verhältnissen angepaßt, und ihre eigenen Kassen.

Als Verbandsbeitrag werden monatlich 22 Dore pro Mitglied bezahlt. Von diesem Beitrag befreit der Verband seine Regieleisten und die Reiseunterstützung. Die Mitglieder können nämlich in den fünf Wintermonaten, wenn sie sich auf der Reise befinden, in denjenigen Städten, welche sie besuchen, um Arbeit zu erhalten, eine Unterstützung bekommen. Diese beträgt zur Zeit 1 Krone 25 Dore pro Stadt.

Neben den speziellen gewerkschaftlichen Interessen haben einige der größeren Abtheilungen eine Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder errichtet, zu welcher diese also einen Extrabeitrag bezahlen müssen.

Vor der großen Aussperrung 1899 variierte der Mitgliedsbeitrag von 20—50 Dore pro Woche, jetzt haben wir jedoch die Bestimmung getroffen, daß der Beitrag in allen Abtheilungen so hoch sein muß, daß davon 35 Dore pro Woche und pro Mitglied an die Streikkasse einbezahlt werden können. Diese Bestimmung hat bewirkt, daß der Beitrag jetzt in den Abtheilungen von 50—75 Dore pro Woche variiert.

Die Verbandsleitung hat das Recht, in Fällen von Streiks festzusetzen, ob die Mittel hierzu aus der Streikkasse genommen oder durch Extrabeiträge aufgebracht werden sollen.

Während der Aussperrung, während welcher wir fortwährend ca. 600 Mitglieder in Arbeit hatten, war der wöchentliche Mitgliedsbeitrag an die Streikkasse des Verbandes auf 2 Kronen festgesetzt, aber zur gleichen Zeit wurde den Abtheilungen das Recht eingeräumt, den Beitrag zu ihrem Vortheil noch mehr zu erhöhen.

Dieses bewirkte, daß sich der Beitrag in den verschiedenen Städten auf 3—5 Kronen pro Woche belief, und es war durchaus nicht schwierig, diesen Beitrag einzubekommen.

Der überwiegende Theil der dänischen gewerkschaftlichen Verbände steht in einer gemeinschaftlichen Landesorganisation, den „Zentralisirten Gewerkschaftsverbänden“. Diese Organisation zählt gegenwärtig ca. 80.000 Mitglieder. Wenn eine Gewerkschaft eine größere Lohnbewegung einzuleiten gedenkt und man zu dieser die materielle Unterstützung der Zentralorganisation verlangt, muß zuerst die Genehmigung der Leitung der genannten Organisation eingeholt werden, bevor die Kündigung der bestehenden Arbeitsverträge vorgenommen werden darf. Sobald diese Leitung ihre Genehmigung zur Lohnbewegung erteilt hat und als Folge der letzteren ein Konflikt entsteht, ist die Leitung berechtigt, den Mitgliedern der Gesamtorganisation einen wöchentlichen Beitrag bis zu 1 Krone aufzuerlegen.

Soweit das Geld zureicht, erhalten die im Konflikt befindlichen Mitglieder eine wöchentliche Unterstützung von 10 Kronen, und vernünftiger Weise gehen die Bestrebungen der Zentralleitung immer darauf aus, daß keine größeren offensiven Schritte vorgenommen werden, als man sich ökonomisch im Stande sieht, durchzuführen zu können.

Es war eine Folge der Uebereinstimmung mit dieser Leitung, welche sich nach und nach eine sehr große Autorität erworben, daß die Gewerkschaft der Bautischler, wie schon erwähnt, am Anfang der großen Aussperrung aus dem Dänischen Tischlerverbande austrat. Ich glaube hiermit den geehrten Delegirten ein kurzes Bild von dem Aufbau und der Thätigkeit unserer Organisation in Dänemark gegeben zu haben. Wir stehen mit einer festgegliederten Organisation, mit deren Hilfe wir eine große Arbeit verrichten können, aber auf der anderen Seite stehen uns ebenso starke Gegner gegenüber.

Die dänischen Arbeitgeber haben in den letzten Jahren mit außerordentlichem Eifer den Schrecken der kleineren Meister gegenüber den Gewerkschaften zu benutzen gewußt, um eine starke und festgeschlossene Organisation, die ganz nach dem Muster der Arbeiterorganisationen aufgebaut ist, zu schaffen. Es war dem auch durch Verhandlungen zwischen den Leitungen dieser beiden großen Zentralorganisationen erreicht worden, daß der Friedensvertrag bei der Aussperrung Namens der gesamten untergeordneten Organisationen abgeschlossen wurde.

Die beiden erwähnten Organisationen haben nun nach der Aussperrung ihre Macht noch mehr befestigt. Man beschloß nämlich die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts. Zu diesem wählt eine jede Partei drei Mitglieder und diese wieder wählen in Gemeinschaft einen Vorsitzenden. Von Seiten der Gesetzgebung wurde diese Institution mit der Befugniß versehen, Zeugen vorzuladen und vernehmen zu können, auf dieselbe Weise wie ein jedes andere Gericht.

Schließlich nur ein paar orientirende Bemerkungen über unsere ganze Stellung.

Eine der Ursachen dazu, daß unsere Organisation so gut dasteht, ist sicherlich die, daß wir im Vergleich mit Deutschland nur so Wenige sind. Unsere gewerkschaftlichen Verbände umfassen jeder für sich nur eben diejenigen Arbeiter, welche die ihnen am nächsten liegenden gemeinschaftlichen Interessen haben.

Die Tischler in einer Organisation, die Maschinenschleifer in einer anderen, die Zimmergesellen in einer dritten, die Stellmacher in einer vierten usw.

Dieses Verhältniß führt mit sich, daß es einer Verbandsleitung außerordentlich leicht wird, die ganze Stellung des Gewerkes zu übersehen, ebenso wie ja auch die Anknüpfung persönlicher Bekanntschaften mit den Männern, welche in den einzelnen Städten an der Spitze stehen, dadurch in einem hohen Grade erleichtert wird.

Aber der wesentlichste Grund zu unserer Stärke liegt doch im Großen und Ganzen sicherlich in dem seit dem Jahre 1871 stattgefundenen Zusammenwirken zwischen unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und unserer Presse.

Unsere politische Organisation ist im Wesentlichen aufgebaut auf dieselbe Weise wie die gewerkschaftliche, mit Kreisvereinen in den einzelnen Städten und mit einer Zentralleitung.

Unser Hauptorgan, „Sozial-Demokraten“, ist schon seit vielen Jahren im Besitze der Kopenhagener Gewerkschaften, welche noch jetzt durch ihre Vertreter das Blatt leiten.

Das genannte Organ hat eine tägliche Auflage von 40.000 Exemplaren und giebt einen großen jährlichen Ueberschuß, welcher zur Förderung der Parteinteressen angewendet wird, namentlich zur Errichtung und Unterstützung von Lokalblättern in der Provinz. Im Ganzen erscheinen zur Zeit zwölf sozialdemokratische Blätter in der Provinz, und die Gesamtauflage sämtlicher Organe beläuft sich auf über 80.000 Exemplare.

Die Leitung unserer Presse, unserer politischen und unserer gewerkschaftlichen Zentralorganisation ist im Wesentlichen in den Händen derselben Genossen.

Dieses schafft Einheit in der Leitung und giebt den Parteigenossen ein gewisses Gefühl der Sicherheit.

Die Männer, welche für uns die öffentlichen Vertrauensposten in Staat und Kommune bekleiden, haben ihrer Mehrzahl nach ihre Ausbildung durch die Arbeit im Dienste der gewerkschaftlichen Organisationen erhalten, und von hier sind sie ausgegangen, um größere Aufgaben im öffentlichen Leben zu übernehmen.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung repräsentirt ein Stück des dänischen Volkscharakters, dessen Merkmal das Ruhige und Feste ist, und die vielen kleinen Fortschritte, welche wir nach und nach auf dem gewerkschaftlichen Wege erreicht, haben uns die Kräfte dazu gegeben, auch politisch weiter zu kommen, und die Stellung ist denn auch die, daß die Zentralleitung der dänischen Sozialdemokratie aus gewerkschaftlich organisirten Arbeitern besteht.

Schr. Christiansen.

### Die drohende Krisis und die Verhütung der Arbeitslosigkeit.

Ueber dieses Kapitel schreibt „Der Arbeitsmarkt“, das Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise:

„Die deutsche Industrie fängt langsam an, mit der Möglichkeit einer bevorstehenden Krisis zu rechnen. Der andauernd hohe Geldstand erschwert namentlich mittleren und kleineren Industriellen die Beschaffung der Geldmittel. Kaum sind die Bergarbeiter-Ausstände in Oesterreich und in Sachsen erloschen, und schon beginnt im Ruhrreviere seitens des sozialdemokratischen und des christlichen Bergarbeiterverbandes eine gemeinschaftliche Lohnbewegung, die, vom Vereine für die bergbaulichen Interessen mit ihren Forderungen an die einzelnen Zechenverwaltungen bewiesen, dementsprechend Zechen für Zechen vorzugehen sich anschickt, wenn nicht noch im letzten Augenblicke eine einseitige Verhandlung ermöglicht wird. Die amerikanische Ueberschneidung scheint nach den neuesten Berichten aus Pittsburg und Chicago Preisrückgänge in der Heimath durch kein anderes Mittel mehr vermeiden zu können, als durch Abschiebung der überreichlichen Produktion nach Europa hin, und als drohende Vorboten dieser Konkurrenz betrachtet man einige Eisen- und Kohlenlieferungen, die Amerika zu auffallend niedrigen Preisen für europäische Märkte schon jetzt übernommen hat.

Diese Momente kommen zu der Kohlennoth hinzu, die andauernd den Gegenstand sorgenvoller Besprechung bildet. Eine von 70 Industriellen des Handelskammerbezirks Solingen beschickte Versammlung hat von Neuem betont, daß die Kohlennoth schon jetzt zu Betriebsbeschränkungen geführt habe, daß aber bei längerer Dauer vollständige Betriebsstillstellungen und Entlassung Tausender von Arbeitern nothwendig werden würden. Andererseits hat das Kohlenyndikat einem Vertreter der Barmer Handelskammer gegenüber erklärt: Die Kohlenlieferungen nach Belgien und Holland seien noch erheblich, dieselben könnten aber auch garnicht entbehrt werden, denn wolte man dieselben verbieten, so würden in wenigen Tagen Tausende von Arbeitern brotlos werden, weil der deutsche Verbrauch garnicht in der Lage sei, diese Mengen aufzunehmen. Es laßt also zwischen den Ersparungen der Kohlenproduzenten und -konsumenten ein Widerspruch: Gewährlassen der Politik des Kohlenyndikats führt zur Entlassung von Arbeitern in der kohlenkonsumirenden Industrie.

Maßregeln zur Beseitigung der inländischen Kohlennoth führen nach dem Kohlenyndikate zur Brotlosmachung der Bergleute. So oder so ist die Lage des Arbeitsmarktes bedroht.

Je schroffer beide Theile den Einfluß einer Krisis auf dem Arbeitsmarkte betonen, desto mehr muß man sich wundern, daß nichts geschieht, um einem so verhängnißvollen Einflusse vorzubeugen. Seit dem Jahre 1895 befinden wir uns in einem wirtschaftlichen Aufschwunge, und doch ist diese günstige Zeit in keiner Weise zu großen umfassenden Maßregeln gegen eine Wiederkehr der Ungunst im Arbeitsmarkte benutzt worden.

Soweit derartige Maßregeln vorhanden sind, gehen sie auf Anregungen zurück, die unter dem Drucke der letzten wirtschaftlich ungünstigen Periode 1891 bis 1894 sich geltend machten. Nothstandsarbeiten haben damals eine große Reihe von Stadtverwaltungen begonnen. Dann ist Mannheim damit vorangegangen, aus den Ausgaben für Nothstandsarbeiten einen regelmäßigen Etatposten zu machen; Braunschweig, Leipzig, Straßburg, Stuttgart sind diesem Beispiele gefolgt. Aber weder ist diese Auffassung allgemein geworden, noch hat sie ihre Ergänzung in anderweitigen Maßregeln gefunden, die ihr eigentlich erst den rechten Sinn geben könnten: so namentlich in einer sorgfältigen Vertheilung kommunaler und staatlicher Arbeiten über die verschiedenen Jahreszeiten, in einer Aufschlebung der aufschlebbaren Arbeiten, die sich zum Ziele machen müßte, nach Möglichkeit für kommunale und Staatsarbeiten die Zeiträume in Anspruch zu nehmen, die die Industrie freiläßt.

In gewisser Weise hat allerdings jene Periode der Nothstandsarbeiten zu regelmäßigen Verwaltungsrichtungen geführt. Mit der Bewegung für Nothstandsarbeiten war damals eine Bewegung für kommunale Arbeitsnachweise verbunden, die sich inzwischen mit vollem Rechte von ihrem Ursprunge losgelöst und selbstständig gemacht hat. Die Zahl der kommunalen, kommunal unterstützten u. a. öffentlichen Arbeitsnachweisen hat erheblich zugenommen, wie denn der „Arbeitsmarkt“ in der Lage ist, allmonatlich bereits über die Ergebnisse von 64 Anstalten im Deutschen Reiche zu berichten. In den vier süddeutschen Staaten ist mit einer verbandsmäßigen Zusammensetzung dieser Verwaltungsorgane begonnen. Aber so lange die Regierung des größten deutschen Staates sich darauf beschränkt, diese Verwaltungsrichtungen zu empfehlen, ohne staatlischerseits Geldmittel oder organisatorische Maßregeln dafür aufzuwenden, ist an eine Arbeitsnachweiseverwaltung als Vorbeugungsmittel gegen Krisen des Arbeitsmarktes nicht zu denken. Und doch liegt das erreichbare Ziel einer solchen Verwaltungsorganisation klar vor Augen: es wäre das einzige Mittel, den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot von Arbeit bereit zu vermittel, daß die Arbeitslosenziffer an dem einzelnen Orte nicht stärker anwachsen müßte, als es nach der Gesamtlage des Arbeitsmarktes nöthig wäre.

Noch weit geringer ist die Thätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Zwar gewährt diese keine Verhütung der Arbeitslosigkeit, aber immerhin doch der Arbeitslosennoth. Obgleich Deutschland an seinen beiden Arbeitslosen-Zählungen von 1895 eine bessere verfahrenstechnische Grundlage besitzt, als irgend ein Land der Erde, so giebt es in Deutschland doch nur eine Partei, die (süd-)deutsche Volkspartei, welche die Arbeitslosenversicherung als Programm- und Agitationspunkt behandelt. Ja, in der benachbarten Schweiz, in der früher die Bewegung dafür Fortschritte zu machen schien, ist die Volksabstimmung vom 19. Februar in Basel-Stadt für das Gesetz zur Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung ablehnend ausgefallen; wiederum ein Zeichen davon, daß die Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges in Bezug auf das Bedürfnis nach Vorbeugungsmaßregeln weit eher einschläfernd, als anspornend wirken. Allenfalls kommt in Deutschland in Betracht, was die Vereinigungen der Arbeiter selbst für die Unterstützung von Arbeitslosen thun. Ob und wie viel diese Organisationen in Zeiten einer wirklichen Krisis würden leisten können, das wird sich im Wesentlichen nach verfahrenstechnischen Grundlagen bestimmen. Es ist die älteste und bewährteste Erfahrung des Versicherungsgeschäfts, daß alle Mängel der Grundlagen am besten durch einen großen Umfang ausgeglichen werden. Eine Volkswirtschaftspolitik, welche den verheerenden Wirkungen einer Krisis vorbeugen will, müßte daher zu ihren hervorragenden Aufgaben die Beförderung aller Maßregeln zählen, die einer Vergrößerung der Arbeiterorganisationen dienlich sind. Wenn statt dessen die Arbeiterorganisationen besolgt, wenn unter dem Schlagworte der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Polizeimaßregeln und Gesetzesvorlagen die Arbeiter vom Eintritte in Organisationen abgeschreckt werden, deren größtmögliche Erweiterung im Interesse einer Verhütung der Arbeitslosengefahr wünschenswerth, ja nothwendig ist: so steht eine solche Politik auf derselben Höhe, wie wenn eine anti-agrarische Regierung darauf ausgehen wollte, die Reichverbände möglichst klein zu halten, weil ihre Mitglieder größtentheils aus Agrariern bestehen.“

### Rundschau.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der nach dem in Hannover gefaßten Beschlusse in Mainz tagen soll, wird voraussichtlich Sonntag, den 16. September, eröffnet werden. Dieser frühe Termin muß gewählt werden, weil der internationale Arbeiterkongress in Paris auf den 23. September einberufen ist, der deutsche Parteitag aber nach dem in Hannover gefaßten Beschlusse vorher zusammenzutreten soll.

Was dem deutschen Volke das Regierwerden kostet. M. 40.000.000 zahlt das deutsche Volk jährlich seinen 22 Königen, Großherzögen, Herzögen und Fürsten an Zivilisten und Apanagen. Im Durchschnitt beträgt das Einkommen der 22 Herren also mehr als M. 1.500.000. — Ein Arbeiter muß mit durchschnittlich M. 800—1000 pro Jahr auskommen!

Ein pensionirter Beamter als „Arbeitswilliger“. Unter dieser Schmarke schreibt uns ein Bremer Kollege Folgendes:

Wie mir kürzlich berichtet wurde, hat sich ein pensionirter Beamter in der Maschinenfabrik von Gente & Brechop, Gaferskamp 22, als Fabrikarbeiter anwerben lassen. Um festzustellen, ob der betreffende Beamte aus Noth oder in staatsbreitender Absicht zu einem ihm völlig fremden Arbeitszweige gegriffen, habe ich Erkundigungen über dessen Verhältnisse eingezogen. Folgendes ist festgestellt: Herr A. war etwa zehn Jahre Eisenbahn-Stationssortierer und wurde vor einigen Jahren im Alter von 48—49 Jahren als königlich preussischer Stationsassistent mit einem Ruhegehalt von jährlich über M. 1600 pensionirt. Die

Pensionierung erfolgte auf Grund eines Attestes des hiesigen Eisenbahnarztes, nach welchem K's. Gesundheitszustand ein ferneres Verbleiben im Dienste nicht gestatte. Da K. nur einen erwachsenen Sohn hat, so dürfte die Pension wohl für seinen Lebensunterhalt hinreichen, und ist nicht anzunehmen, daß Nahrungsorgen den alten Herrn zu harter, körperlicher Arbeit zwingen, vielmehr dürfte K's. Arbeitswuth „edleren“ Erleben entsprechen. Sonderbar muß es andererseits behaupten, daß ein Mann, der sich noch rüstig genug fühlt, um als Fabrikarbeiter zu arbeiten, ohne dessen Antrag pensioniert wird, weil seine Körperbeschaffenheit dem „anstrengenden“ Bureaudienste nicht mehr gewachsen ist.

**Ehrenurkunden für Arbeiter.** Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, will die Handelskammer zu Solingen jedesmal in feierlicher Sitzung solchen Arbeitern „künstlerisch ausgestattete Diplome“ verleihen, die 25 Jahre ununterbrochen in einem Betriebe gearbeitet haben und denen der Arbeitgeber bescheinigt, daß ihre Arbeitsleistungen stets befriedigend waren, sowie, daß sie sich stets einer guten Führung befleißigt haben. „Gute Führung“ ist ein befehrender Begriff. Versteht man etwa darunter das Fernhalten von den „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“? Das Schönste kommt aber noch:

Bei der Verleihung der Bestimmungen über die Verleihung von Ehrenurkunden an gewerbliche Arbeiter wurde angeregt, man möge die Urkunden auch an kaufmännische Angestellte verleihen. Dagegen wurde indessen bemerkt, daß Bedenken obwalten müßten, die gleiche Ehrung zwei in sozialer Hinsicht recht von einander abweichenden Personengruppen zukommen zu lassen.

Durch diese „retinliche Scheidung“ wird der „Worth“ der für den Arbeiter bestimmten „Ehren“-Urkunde erst in das rechte Licht gesetzt. Die Arbeiter werden sich für diese Art „Sozialpolitik“ bestens bedanken.

**Christliche Unternehmer gegen christliche Arbeiterorganisationen.** In Kalbenkirchen, an der holländischen Grenze, herrschen die Zigarrenfabrikanten, echt christliche Leute, noch unumschränkt. Junge Leute, welche Zigarrenarbeiter werden wollten, mußten, man höre und staune, eine Lehrzeit von fünf bis sechs Jahren durchmachen. Vom Zentralverband der deutschen Tabakarbeiter hatte man sich schon die größte Mühe gegeben, um festen Fuß zu fassen, aber vergeblich. Dem vereinten Druck der Geistlichkeit, der Behörde und des Unternehmertums mußte der Verband weichen.

Um dem einmal geweckten Organisationsbedürfnis der Tabakarbeiter Rechnung zu tragen, gründete die Geistlichkeit eine christliche Organisation am Ort. Daraufhin traten die christlichen Unternehmer zusammen und erließen einen Ulas, wonach es den Tabakarbeitern auf's Strengste verboten ist, dem christlichen Tabakarbeiterverband beizutreten. Ein Vorstandsmitglied ist schon gemahnt. Auch in den Lehrvertrag wurde ein Paragraph aufgenommen, wonach der Beitritt zur Organisation verboten ist.

Die Geistlichkeit, in Verbindung mit dem Vorstand der Organisation, hat eine Versammlung der Bürgerschaft einberufen, in welcher Stellung gegen die christlichen Unternehmer genommen wurde. Eventuell soll durch einen Streik die Anerkennung der Organisation erzwungen werden.

**Ein frommer Brauch von altersher.** Ein schlesischer Rittergutsbesitzer war von einer früher bei ihm bediensteten Wirthschafterin der verächtlichen Nothzucht beschuldigt worden. Daraufhin erhob der seine Herr eine Verleumdungsklage. Der Spieß wurde aber, wie der „Vote aus dem Riesengebirge“ mittheilt, umgedreht und der Rittergutsbesitzer wegen wissenschaftlicher Anschuldbildung angeklagt. Der Gerichtshof hat aber weder objektiv in dem Vorfall, der der Wirthschafterin zu der Verleumdung den Grund gegeben, die Charakteristika der verjüngten Nothzucht feststellen können, noch aber subjektiv bei dem Angeklagten das Verbrechen bei der Anstrengung der Privatklage, daß er sich durch sein Verhalten eines solchen Versuches schuldig gemacht habe. Dem Angeklagten ist hierbei die auf dem Lande gebräuchliche „Annahme“, daß Personen in dergleichen Stellungen, wie die der Zeugin, die sich zu unehelichen Dienstherrn vermiehen, auch denselben sonst gegenüber gefällig sind, zu Gute gerechnet worden. — Nun wissen die weiblichen Dienstherrn auf dem Lande wenigstens, daß sie geschlechtlich mißbraucht werden dürfen, mit anderen Worten: die geschlechtliche Sklaverei weiblicher Dienstherrn auf dem Lande ist gerichtlich festgestellt worden. Hier wäre ein Feld für die „entwärteten Heimgewinder“ aus dem Zentrumslager gewesen, wenn sie durch die lex Heinze zu Gunsten der Sittlichkeit hätten wirken wollen. Aber der Arbeitgeberparagraf wurde fallen gelassen — seine Folgen wären auch gar zu blamabel gewesen für die neuesten Reiter der Sittlichkeit.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Bremen.** Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung tagte am Donnerstag Abend im „Bremer Ballhaus“ mit folgender Tagesordnung: 1. Der Streik der Logemann'schen Arbeiter und die Ursachen bei der Auslösung der Streikmacher. 2. Diskussion. Der Redner zum ersten Punkt führte etwa folgendes aus: Der gegenwärtige Zustand ist für Bremen verhängnisvoll. Umstände halber nun und bezeichnend für die herrschende Gesellschaft. Das Bremer Bürgerthum (Gewerkschaft für Arbeitende Arbeiter, für Koalition der Arbeiter etc.). Doch besetzt es dabei eine eigenartige Stellung. Diese Stelle für arbeitende Organisationen weiß die Lage nur zu verstehen, wenn solche sich auswärts bemerkbar machen, um Ortskämpfe mit ihnen auszulösen oder sucht sie zu vermeiden. Das Spiegelbild dafür ist die bürgerliche Presse. Diese hat bisher regelmäßig über die Arbeiterbewegung an anderen Orten, nur über die hiesige weiß sie in der Regel nichts zu berichten. Dadurch bekommen die Arbeiter, daß sie die Interessen der Arbeitenden verteidigen und von Unparteilichkeit bei ihr keine Rede sein kann. Der Logemann'sche Streik ist dafür ein mögliches Beispiel. Als am 7. März der Streik begann, berichteten die „Bremer Nachrichten“ ihren Lesern, daß zwei Drittel der Arbeiter ausständig seien. Als die Streikbewegung bereits eine Dreyzehntel, zweizehntel, zweiundzwanzigstel

anfänglich die Aufnahme überhaupt, und als der Artikel schließlich doch aufgenommen wurde, geschah dies an anderer Stelle des Blattes und unter Streichung der Hauptsache, des Abjages, welcher die Behauptung des Koalitionstreues durch Herrn Logemann betraf. Und gerade darauf kam es der Kommission an. Hatte Herr L. doch schon vor zwei Jahren einmal alle seine Arbeiter durch Namensunterzeichnung verpflichtet lassen, aus der Organisation auszutreten und damit damals auch sein Ziel erreicht. Als nun wieder der größte Theil seiner Arbeiter dem Verbanne beigetreten war, versuchte er es diesmal auf andere Weise, diesen Umstand aus der Welt zu schaffen: er entließ zehn Arbeiter und glaubte dadurch den Austritt der anderen zu erreichen. Doch darin hatte er sich diesmal getäuscht, dieselben legten zum größten Theil zur Erhaltung ihres Rechtes die Arbeit nieder. Herr Vodelmann unternahm es nun, eine größere Arbeit für Logemann auszuführen. Nach achtstägigen Verhandlungen erfolgte dann auch hier Aussperrung und Arbeitsniederlegung. Und durch das nun folgende zeigt sich das planmäßige Handeln der Fabrikanten, welches die ganze Aussperrung als vorbedachte Sache klar erkennen läßt. Die Vodelmann'schen Listen wurden auf alle Fabriken zur Anfertigung vertheilt und dann auf die selbstverständliche Weigerung der Arbeiter mit der Aussperrung derselben geantwortet. Mehrmalige Versuche des Einigungsamtes, in der Sache zu vermitteln, wurden seitens des Herrn Logemann abgelehnt mit dem Hinweis, er werde sich schon so mit seinen Arbeitern einigen. Man sucht jetzt Leute anzulernen. Das mag bei Logemann ja leichter sein, in den Riffenfabriken ist es jedoch nicht so schnell auszuführen. Nachdem Nedner von dem das Verhalten einiger unteren Vorgesetzten dem Streikenden gegenüber kritisiert hatte, woraus dann die in den „Bremer Nachrichten“ stehenden Notizen über Ausschreitungen herrührten, führte er weiter aus: Dadurch, daß Logemann so schlechte Löhne bezahlte, sei das Armenbudget erheblich belastet und habe die Bürgerschaft ein Interesse an der Aufbesserung derselben. In den Riffenfabriken seien die Löhne etwas besser. Die an dieselben gestellten Forderungen verlangen für Erwachsene einen Stundenlohn von 45 ¢, für jugendliche Arbeiter einen solchen von 17 resp. 22 ¢ resp. 30 ¢ und Verkürzung der Arbeitszeit. Für Lernende soll eine bestimmte Lehrzeit mit einem Wochenlohn von M. 6 im ersten Jahre festgelegt werden. In einem Schreiben von heute lehnen die Fabrikanten die Forderungen ab. Dieselben verweisen auf die süddeutsche Konkurrenz. Dem sei entgegengehalten, daß die Ausfuhr von Bremen nach Süddeutschland wie überhaupt nach auswärts gestiegen sei. In der Unfallstatistik der Holzindustrie siehe Bremen mit einem hohen Prozentsatz an der Spitze. Es sind bei den Holzarbeitern von 100 Todesfällen 55 auf Schwindsucht zurückzuführen. Es scheine, als wollten die Fabrikanten mit dem ablehnenden Bescheid einen letzten Schreckenschuß abfeuern. Da gelte es denn, auszuhalten und fest zueinander zu stehen. Nedner schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Streikbrecher bei Logemann sich weniger von auswärts als aus der sogenannten „Lageblattgarde“ rekrutierten, und sei es Sache der Anwesenden, auf dieselben einzuwirken, daß sie ihr unkollegiales Verhalten einstellen und wieder aufhören zu arbeiten, dann würde der Sieg bald errungen sein. In der darauf folgenden Diskussion wurde u. A. angeführt, daß der Arbeiter vielfach gezwungen sei, auch Sonntags noch auf dem Lande zu arbeiten, um nur das Defizit im Haushalt decken zu können. Besonders erwähnen wollen wir noch, daß Herr Schmebeck schon im vorigen Herbst sich ausgelassen hat, er würde, falls man im Frühjahr Forderungen an ihn stelle, seine Arbeiter einfach entlassen. Von sämmtlichen Rednern wurde das Verhalten der bürgerlichen Presse verurtheilt und zum Abonnement der Arbeiterblätter aufgefordert. Die sehr gut besuchte Versammlung schloß mit der Annahme folgender Resolution: „Die heute im Bremer Ballhaus tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung erklärt den ausständigen Logemann'schen Holzarbeitern, sowie den ausgesperrten Riffenmachern ihre volle Sympathie und verurtheilt die Urheber dieses Kampfes, welcher dazu angethan ist, eine große Anzahl bremischer Staatsbürger empfindlich zu schädigen. Die Versammlung verurtheilt ferner die eigenartige Stellungnahme der sogenannten unparteiischen Presse. Sie ersieht daraus, daß dieselbe keineswegs unparteiisch ist, sondern ihre Maßnahmen dazu angethan sind, den Arbeitern in ihren gerechten Kämpfen um Verbesserung ihrer Lage hinderlich zu sein. Infolgedessen verpflichten sich die Versammelten, dafür Sorge zu tragen, daß diese sich unparteiisch nennende Presse aus den Arbeiterfamilien verschwinde. Die Versammelten ersehen ferner die Maßnahmen der Polizeibehörde als nicht dazu angethan, das Gefühl der Gleichberechtigung als Staatsbürger bei den Arbeitern zu beseitigen.“

**Vortmund.** Die hiesigen Mitglieder beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Treffpunkt Morgens im Verkehrslokal bei Santowski. Unser Arbeitsnachweis wird von einem hiesigen mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Kollegen geführt, und bitten wir daher die zureichenden Kollegen, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

**Elbing.** In der Dampfzählerei von E. und J. Müller haben 14 Zählereiarbeiter und der Heizer die Arbeit niedergelegt, weil Herr Müller die Bitte der Arbeiter um eine Lohn-erhöhung kurzgehand abgewiesen hatte. Daraufhin wurden die 14 Arbeiter sofort entlassen. Am Charfreitag erschien nun bei Herrn Müller eine aus drei Arbeitern bestehende Kommission, um wegen der Wiedereinstellung der Arbeiter mit ihm zu unterhandeln. Herr Müller, der gerade aus der Kirche kam, wo er gepredigt hatte, nahm das ihm überreichte Schreiben, worin die Vorlage der Arbeiter geschübert und betont wurde, daß mit dem bisherigen Wochenlohn von M. 11 doch kein Arbeiter bestehen kann, las dasselbe flüchtig durch und stieß es in die Tasche. Er räsonnierte dann über die Unerschämtheit der Arbeiter, erklärte kurz und bündig, daß er keinen der entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, schickte der Kommission den Rücken und ging nach seiner W. e. Wie sich diese Handlungsweise des Herrn Müller mit der christlichen Religion verhält, die dieser Herr so öffentlich als Prediger der Baptistenkirche vertritt, das überlassen wir dem Urtheil unserer Leser. Bemerkten wollen wir noch, daß die entlassenen Arbeiter sämmtlich dem Allgemeinen Arbeiterverein angehören, vielleicht ist dieses auch ein Grund für das kräftig ablehnende Verhalten dieses Herrn. In Geldsachen hört man nur die Gemüthlichkeit auf, sondern auch das Christenthum geht zum Teufel, wenn's den Herren Unternehmern an den Geldbeutel geht.

**Serichsdorf bei Warmbrunn i. Schl.** Zum gegenwärtigen Stande des Ausschusses in der Möbelabrik von Gebr. Kallig, hier, mögen zur Orientierung für unsere Kollegen folgende Mittheilungen dienen: Trotz der verzweifeltesten Anstrengungen der Firma, durch fortgesetztes Annonciren in

allen möglichen Zeitungen, Ersatzkräfte heran zu ziehen, ist von dieser, dank unserer umfassenden Vorkehrungen, bisher nur ein ganz kläglicher Erfolg erzielt worden: ganze 8 Mann sind auf die Annoncen hereingefallen. Außerdem haben wir leider einen „Arbeitswilligen“ aus unseren Reihen zu verzeichnen, einen seit kurzem organisierten Stellmacher, und auch eine der Zahlstelle angehörende Polierin; Beide sind selbstverständlich ausgeschlossen worden. Wir haben, um auch der Doffentlichkeit gegenüber unsere Bereitwilligkeit zu gütlichen Verhandlungen an den Tag zu legen, den Antrag an das Gewerbegericht in Hirschberg als Einigungsamt gerichtet, die dießbezüglichen Unterhandlungen einzuleiten. In den nächsten Tagen dürfte wohl schon der erste Termin vor dem Bürgermeister Hartung in Hirschberg stattfinden. Ob nun die Firma Wälffsch überhaupt sich auf Verhandlungen einlassen wird, können wir jetzt noch nicht mit Gewißheit sagen, denn bei ihrer großen Halsstarrigkeit und der in den letzten Tagen Dritten gegenüber deutlich ausgesprochenen Absicht, „Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes nie mehr in ihrer Fabrik zu dulden“, kann man auch annehmen, daß sie sich vielleicht gar ablehnend verhalten wird. Gewisse Firmen-Internas spielen sicher mit. Ueber den in voriger Nummer erwähnten sogenannten „Arbeitswilligen Poliermeister“ (wir wollen seinen Namen der Kollegschaft nicht vorenthalten), er heißt Leißner und scheint von Beruf „Arbeitswillig“ zu sein, und über verschiedene andere Vorkommnisse greller Natur ein nächstes Mal.

**Krefeld.** In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung, die am Sonntag, den 8. d. M., in der „Sommerlust“ tagte, wurden vom Kollegen Kunisch, der das Referat hielt, in gebührender Weise die Manipulationen der Unternehmer gekennzeichnet. Die Meister hatten in dieser Woche auch eine Versammlung, welche aber schlecht besucht war und worin allem Anscheine nach eine trübe Stimmung herrschte. Die meisten Meister, die sich in der Sonderbereinigung unter-schrieben hatten, sind stark in's Wanken gerathen, wodurch mit Bestimmtheit darauf zu rechnen ist, daß wir unbedingt den Sieg erringen werden, trotzdem das Unternehmertum gegen uns Stimmung zu machen sucht. Die Streikleitung ver-offentlichte deshalb folgendes Eingelad: Es war uns freilich nicht neu, daß die Unternehmer vom ganzen Nieder-rhein gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sind. Sie sind stets gegen alle Forderungen, die ihren Profit einigermassen schmälern würden. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, die Krefelder Bewegung diene dazu, den Düsseldorf-er Arbeitern die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Nein, die Krefelder Holzarbeiter haben erkannt, daß die maschinelle und technische Produktionsweise von Tag zu Tag fortschreitet, welche den Arbeiter immer mehr ersetzt. Sie haben ferner erkannt, daß in den von Staub geschwängerten Arbeitsräumen die Gesundheit Schaden leidet und der Staub unbedingt zur Schwindsucht führen muß. Aber noch Eines! Die Arbeiter haben erkannt, daß auch sie Menschen sind, welche nicht allein geboren sind, um nur zu arbeiten, zu essen und zu schlafen, sondern sie verlangen von der heutigen Gesellschaft Aufstehen, in denen der Geist zu neuem Denken angeregt, der Körper neu erfrischt werden soll. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist das einzige Mittel, welches die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse dauernd bessern wird. Ein Beispiel: Hat der Mensch Muße-stunden, so versucht er in diesen Stunden, dem Körper dienliche und den Geist weckende Unterhaltungen zu pflegen. Nehmen wir zunächst die körperlichen Unterhaltungen. In den Sommer-tagen wird vielleicht der Arbeiter die Natur und ihre Schön-heiten bewundern. Er hat dann den Wunsch, seine beschmutzten Werkstoffkleider mit reinen Kleidern zu wechseln, um in reinlicher Kleidung einhergehen zu können. Des Anzuges, sowie der son-stigen Kleidungsstücke, welche sonst für ihn überflüssige Sachen waren, bedarf er jetzt, und die Produktion wird dadurch er-weitert. Nehmen wir nun die Winterabende! Da wird dem Arbeiter Gelegenheit geboten, in den Mußestunden seinen Geist zu wecken durch Lesen von guten Büchern, Zeitschriften, sonstigen Literaturwerken usw. Er besucht das Theater und vielleicht auch Konzerte. Oder sind die nur für die wohlhabende Gesell-schaft da? Der Arbeiter wünscht dann weiter, in einem beson-deren Zimmerchen seine freie Zeit zuzubringen, welches nicht gleich-zeitig als Küche und Schlafzimmer dient. Also auch hier sind es die Bedürfnisse, welche die Produktion erweitern. Auf Grund Dessen liegt dieses ebenfalls im Interesse der ganzen Gesellschaft. Diese Nothwendigkeiten hat ebenfalls der größte Theil der hiesigen Holzarbeiter erkannt, und deshalb werden die streikenden Arbeiter nicht eher zur Arbeit zurückkehren, bis die gerechte Forderung bewilligt ist. Auch in Bezug auf die Konkurrenz sind wir in der Lage, mit Material dienen zu können, worüber die geschätzte Kundschaft der Tischlerinnung staunen wird. Dieses Alles hat der Vorsitzende des Gesellenausschusses in der 24 stündigen Debatte klargelegt, aber die Herren Meister waren nicht zu überzeugen, oder wollten sie sich nicht überzeugen lassen? Sie verlangten unbedingt, daß an der zehnstündigen Arbeitszeit festzuhalten sei, und auch ein Vermittlungsantrag, eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit, vorläufig auf 9 1/2 Stunden, wurde abgelehnt. Was es anbetrifft, daß die Arbeiter nach Feierabend zu Haus arbeiten würden, so kann man hier ruhig behaupten, daß deren so Wenige sind, daß dies überhaupt kaum in Betracht gezogen werden kann, und Schußstrüder hat man zu allen Zeiten gehabt. Die machen es auch, wenn sie 12 Stunden in der Werkstatt arbeiten müssen. Aber wir empfehlen den Meistern, nur Löhne zu zahlen, welche den Arbeiter in den Stand setzen, seine Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Bezüglich der übrigen Forderungen wäre jedenfalls eine Einigung zu Stande gekommen, hätte man dem Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit nur einigermaßen Rechnung getragen. Es muß hier ferner noch erwähnt werden, daß ich mich persönlich mit einem Mediziner in Verbindung gesetzt habe, welcher mir erklärte, daß dieses die erste vernünftige Forderung sei, welche bisher von den Arbeitern in Krefeld gestellt worden: er freue sich, daß die Holzarbeiter Krefelds so geistig geweckt seien, an die Lösung einer so wichtigen sozialen und für die Gesundheit so nützlichen Frage heranzutreten. Zum Beweise seiner Theilnahme an dem Fortschritt der Arbeiter zeichnete er eine wesentliche Summe Geldes zur Durchführung des Kampfes.

**Meiningen.** Die hiesigen Tischler sind in eine Lohn-bewegung eingetreten, um ihre sehr mickligen Verhältnisse etwas zu bessern. Am 1. April wurden den Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. 2. Erhöhung des Lohnes um 10 pSt. 3. Abschaffung der Sonntags- sowie Heberfeierabendarbeit, jedoch in bringenden Fällen 15 ¢ mehr pro Stunde. Diese Forderungen wurden in der Zwangsstimmung, ohne Zuziehung des Gesellenausschusses, verhandelt und — abgelehnt. Eine Mitgliederversammlung,

welche am 21. b. M. stattfand und zu welcher der Kollege Trautbetter aus Jmenau in Vertretung des Gaudvorstandes anwesend war, beschloß mit allen gegen zwei Stimmen, die Forderungen den Arbeitgebern nochmals zu unterbreiten und gleichzeitig die Kündigung einzureichen.

Ulm a. D. Zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hat sich die hiesige Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes mit dem hiesigen Ortsverein der Tischler vereinigt und aus ihrer Mitte eine Kommission gewählt, welche mit den Geschäftsauswärtigen und Vertrauensmännern der einzelnen Betriebe und Werkstätten in Verbindung zu treten hatte, um die Wünsche der beteiligten Kollegen entgegen zu nehmen.

daß es doch etwas hilft, dem Deutschen Holzarbeiterverbande heizutreten." Also Stellmacher, säumt keinen Augenblick und bedenket, daß nur durch den Verband etwas erreicht wird.

Die Stellmacher Magdeburgs haben am 21. April ihre Kündigung eingereicht, da bis zu diesem Tage auf die von ihnen gestellten Forderungen seitens der Meister keine Antwort eingegangen war.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Vielesfelder Holzarbeiter beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Ein Schreiben an den Vorstand der Innung, in dem höflichst erjucht wurde, den Gesellen die Feier des 1. Mai zu gestatten und keine Maßregelungen vorzunehmen, wurde von der Innung u n b e a n t w o r t e t wieder zurückgeschickt.

Kollege Scheel, der bereits 15 Jahre den Posten eines Kassiers in unserer Zahlstelle inne hatte, legte denselben nieder. An seiner Stelle wurde Standte gewählt.

Gewerkschaftliches.

Die Eröffnung des Berliner Gewerkschaftshauses. Am Sonnabend Abend ist das schöne Haus, das sich die Berliner Arbeiterchaft am Engelufer gebaut hat, durch eine öffentliche Feier seiner Bestimmung übergeben worden.

Zur Eröffnung sang die „Typographia“, der in den Arbeiterkreisen beliebteste der Berliner Arbeiter-Gesangvereine, zwei prächtige Proletarierlieder. Dann nahm der Genosse Dr. Leo Kronz das Wort, um Namens der Geschäftsführer des Ausschusses und der Gesellschafter des Unternehmens die Anwesenden zu begrüßen.

Es folgte als Redner der Rechtsanwält Heine, der als Vertreter des 3. Reichstagswahlkreises, in dem das Gewerkschaftshaus liegt, sprach. Das Gewerkschaftshaus sei ein Beweis dafür, daß die Arbeiter das alte Wort begriffen haben: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Namens der Berliner Gewerkschaften sprach Hugo Pösch, der denen, die sich um die Erbauung des Gewerkschaftshauses so hohe Verdienste erworben haben, den Dank der Gewerkschaften darbrachte. Auch er wies darauf hin, in wie eminentem Sinne die Arbeiterchaft hier „praktische Arbeit“ leistet.

Noch lange klangen aber die Klänge der festlich gestimmten Männer und Frauen aneinander, und weitere Gesänge der

„Typographia“ verschönten diese denkwürdige Feier der Berliner Arbeiterchaft.

Das Gewerkschaftshaus ist den Arbeitern nun in aller Form übergeben. Hoffen auch wir, daß ein neuer Aufschwung der Berliner Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung diesem Osterfesttage vom Jahre 1900 mit seiner Einweihung des Gewerkschaftshauses folgt.

Schreibübungen für Gewerkschaftsmitglieder. In Pößendorf bei Halle besteht eine Filiale des Verbandes der Fabrik- und Handarbeiter. Der Vorsitzende verlangt nun nicht bloß die Einreichung von Mitgliederlisten, sondern auch die eigenhändige Unterschrift sämtlicher Mitglieder.

Technisches.

Bericht über neue Patente.

(Mitgeteilt durch d. Intern. Patentbureau von Heimann & Co. in Dppeln. Anschriften und Rath in Patentfachen erhalten die geschätzten Abonnenten dieses Blattes gratis.)

Eine Spannzwinde für Holzbearbeitung ist den Herren Ludwig Wobes und August Hering in Celle unter Nr. 107647 patentirt worden. Der hintere Geselle ist als Winkel ausgebildet. Seine Schenkel sind an der Außenfläche wie an einer Seitenfläche mit zahnförmigen Ausschnitten versehen.

Literarisches.

Mit einer Raifestnummer erscheint, wie alljährlich, so auch diesmal wieder der „Süddeutsche Postillon“ (München bei M. Ernst) auf dem Plane. Der stämmige Arbeiter des Titelbildes, der fest und sieghaft in den Morgen hinein schreitet und mit leuchtenden Augen ausruft: „Gente habe ich meinen Feiertag“, ist eine gelungene Figur von künstlerischer Kraft.

Im Verlag von F. G. W. Dieß Nachf. in Stuttgart sind soeben Heft 15 und 16 des „Arbeiterrecht“ von Arthur Stadthagen, Mitglied des Deutschen Reichstags, erschienen.

Dem Werke direkt angeschlossen ist der Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden usw.

Das „Arbeiterrecht“ enthält Alles, was für den Arbeiter notwendig ist zu wissen und macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich. Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten à 20 A erscheinen.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Kolporteurs entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Briefkasten.

Gaildorf, Lorenz, Schriftführer. Es dürfte genügen, wenn wir an dieser Stelle Ihrem Wünsche Ausdruck geben, daß die dortigen Mitglieder unseres Verbandes die alle 14 Tage, Abends 7 1/2, stattfindenden Versammlungen pünktlich und regelmäßig besuchen möchten.

A. D. 100. Mit derartigen Sachen uns beschäftigen zu müssen, hatten wir glücklicher Weise noch keine Gelegenheit. Aus unserer persönlichen Erfahrung können wir Ihnen also nichts mittheilen. Sie müssen sich daher schon an einen Anwalt wenden, der mit solchen „delikatnen“ Dingen schon zu thun hatte.

Dresden-Rausch, A. S. Der Bericht eignet sich nun absolut nicht für die Öffentlichkeit und ist daher von unserem unersättlichen Papierkorb verschlungen worden.

Freienwalde, F. R. Ihr Anspruch wird zurückgewiesen sein. In § 30 des Invaliditätsgesetzes heißt es, daß Beiträge zurückerstattet werden, wenn dieselben für mindestens fünf Beitragsjahre (gleich 25 Wochen) gezahlt sind.

Münberg, W. und St. Warum wandten Sie sich nicht an uns persönlich, wir waren doch dort? Und warum machten Sie erst jetzt, nachdem der A. fort ist, davon Mitteilung?

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Vier Modelltischlern im Zementgeschäft von Friedr. Weiß in Hof in Bayern ist die 88 stündige Arbeitszeit, ein Lohnzuschlag von 15 pZt. und ein Aufschlag für Ueberstunden von 33 1/2 pZt. bewilligt worden.

Die Lohnbewegung der Mainzer Wagnergehülften ist auf gutem Wege beigelegt worden. Die Arbeitszeit wurde um eine Stunde pro Tag verfürzt, von elf auf zehn Stunden. Auf den früheren Wochenlohn wurden 10 pZt. Lohnerhöhung gewährt, für Ueberstunden 33 1/2 pZt.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Berlin. Das Verbandsbureau sowie der Arbeitsnachweis befinden sich im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, 1. St. Das Bureau ist geöffnet von 9-1 Uhr Vormittags und von 4-7 Uhr Nachmittags, Sonntags geschlossen. Dagegen wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Postschappel. Vertrauensmann Hermann Schilling, Nieder-Virtigt 29. Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten. Dasselbst wird auch Reiseunterstützung ausbezahlt.

Aufforderung.

Der Kollege Rich. Ködlig, Buch-Nr. 214737, wird erjucht, seine Adresse an den Vertrauensmann Ernst Defer, Treuen i. Vogtl., gelangen zu lassen. Kollegen, welche den Aufenthalt wissen, werden um Auskunft gebeten.

Wo befindet sich der Tischler Rudolf Helmelt aus Vietrieth (Sachf.-Meiningen), zuletzt in Kassel? Um Nachricht wird an die Exped. d. Bl. gebeten.

Wilh. Benecke und Emil Plön, wo steht Ihr? G. Hennig, Hamburg, Marthstr. 38, 3. St.

Die Kollegen Georg Michel und Xaver Boiger werden um ihre Adresse gebeten. Ernst Brandt, Reichenhall - Kirchberg.

Versammlungs-Anzeiger.

- Altona. Achtung, Tischler! Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung soll der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Die Kollegen werden erjucht, diesem Beschluß nachzukommen und sich am 1. Mai, Morgens 8 Uhr, im Verkehrslokale, Nordstr. 37, einzufinden.
- Düsseldorf. Dienstag, den 1. Mai, im Lokale des Herrn Schöffer, Kölnstr. 30.
- Elberfeld. Am Montag, den 30. April, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Logbahn 26.
- Selmstedt. Mittwoch, 2. Mai, im Lindenhof.
- Schöneberg. Donnerstag, den 3. Mai, bei Obf, Grunewaldstr. 110.

Sterbetafel des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Hermann Behrens, Maschinenarbeiter, geb. am 17. September 1877 zu Rautendorf, gest. am 6. April 1900 zu Gröpelingen an der Proletarierkrankheit. Bernhard Haepert, Tischler, geb. 4. September 1874, gest. 11. April an Schwindsucht zu Stettin. Ihre ihm Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Tischler auf grade und geschweifte Garnituren werden bei gutem Lohn dauernd eingestellt bei Karl Hennings, Erfurt, Möbelgefäßfabrik.

Tischler

solider, nüchtern Mann, findet sichere Lebensstellung in einer Holz-Massenartikelfabrik.

Julius Klinke, Neuenrade (Westfalen).

2 Tischlergesellen für gute Möbelarbeit. H. Würzberger, Saalfeld a. d. S., Möbelfabrik mit Dampftrieb.

Ein Tischlergeselle findet dauernde Arbeit bei Joh. Köhl, Tischlermeister, Bramsfeld i. Holst.

Tüchtige Möbeltischler und Möbelpolierer finden lohnende ebent. dauernde Stellung bei Richard Saalfeld, Selmstedt, Möbelfabrik.

Gesucht

Ein tüchtiger Stuhlmacher sowie ein Schreiner (organisiert) können eintreten. G. Bayerle, Eckenfoben (Pfalz).

Tüchtige Polierer

einige jüngere Schreiner gegen hohen Lohn gesucht.

Goldmann & Jamin, Ober-Weisel bei Frankfurt a. M., Holzgalanteriewaaren-Fabrik.

Polierer finden Stellung bei Emil Nöbel, Stuhlfabrik, Geithain i. S.

Bauspäner, zuverlässig und geübt, findet dauernde Stellung bei J. L. Klein, Bürstenhölzerfabrik, Schwäbisch Hall.

Gesucht

Reisende von Lackfabrik zum Besuch Berliner Möbelfabriken u. Offerten an die Exped. d. Zeitung.

10 tüchtige Kreisräppler werden gesucht bei J. Kaufmann, Mülhausen i. E.

Korbmacher

Bambus- und Geästlarbeiter, bei gutem Akkordlohn sofort für dauernd gesucht. Mathias & Co., Leipzig, Sibonienstraße 61.

Gesucht 1 Korbmacher auf Gematt. Ludw. Behnen, Trittau i. Holst.

Ein tücht. Korbmachergehilfe auf große, weiße, geschlagene Arbeit für baldigt gesucht. Unter Lohn und dauernde Beschäftigung zugesichert. F. Schulze, Korbmacher, Samenz i. S.

Auf sofort ein tüchtiger Korbmacher auf Großgeschlagen bei gutem Lohn gesucht. Reise wird vergütet. C. Kelle, Göttingen.

Gesucht ein Korbmacher auf Gematt (Obstkörbe). J. Reese, Korbmacher, Cranz a. d. Elbe (Altentele).

2 junge Korbmacher auf Geschlagen und Reparatur, welche sich auch in allen Fächern ausbilden können, werden für dauernd gesucht auf Wochenlohn oder Stüd. H. Schrader, Neuhaldensleben.

Ein junger tücht. Korbmacher per sofort auf Geschlagen gesucht. M. 7 Wochenlohn bei freier Kost und freiem Logis.

K. Meister, Gumburg bei Frankfurt a. M.

Tüchtiger Korbmacher auf Geschlagenes dauernd gesucht. Wochenlohn M. 20, Reise wird nach einiger Zeit vergütet. Offerten unter Nr. 84 an die Expedition d. Bl.

Ein Korbmachergehilfe auf Naturarbeit findet Beschäftigung bei Albin Heinke, Robitz i. Altentele (S.-A.).

Drei Korbmachergehilfen, je einen auf Kesselkörbe, Grün geschlagen und Seitelarbeit gesucht. Lohnende und dauernde Arbeit. H. Richter, Bassen i. Sachl.

Korbmacher auf Roharbeit gesucht sofort bei hohem Akkord. Hermann Haberhauf, Korbwarenfabrik, Göttingen in Nahalt.

Ein tüchtiger Bürstenmachergehilfe für dauernde Arbeit sofort gesucht. J. Marxen, Bürstenmacher, Goltzst, an Mühlbacher Fährhaus (St. Schützen).

Ein in der Bürstenhölzerfabrikation durchaus erfahrener Mann, welcher auch im Verputzen und Fertigstellen der Baaren bewandert ist, findet sofort dauernde und lohnende Stellung.

Offerten unter O. 1001 an die Expedition dieses Blattes.

Jüngerer solider Pinsel- und Bürstenmacher kann eintreten bei

J. L. Klein, Bürstenfabrik, Schwäbisch Hall.

Korkstopfenfabrik

Sucht durchaus tüchtigen ersten Sortierer, der nebenbei im Zu- und Rundschnitt sowie in Skalkulation erfahren sein muß. Offerten sub H. W. 63 an die Expedition dieses Blattes.

Zigarren.

Außer unserer nebenstehenden Spezialmarke Regina à M. 3,75 empfehlen wir noch einige andere sehr beliebte Sorten:

- Maiglöckchen..... M. 2,50
Marke Manilla I..... 2,80
do. 300 Stück froo. 8,-
Meine Sorte..... 3,25
do. 300 Stück froo. 9,-
Cabinet..... 3,50
La Costa..... 4,-
La Promiada..... 4,35
Pellola..... 4,50
La Cubana..... 5,-
Lejanos..... 5,-
Flor de Mello, ff. Brasil 6,-
Castillo, ff. Mexiko... 6,-

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Werth auf b. Neukere einer Zigarre legen, sondern lediglich auf gute Qualität setzen, empfehlen wir folgende

Auswahl-Sorten

- welche zu 15-20 pZt. billiger sind, als dieselben Marken in rein sortierten Farben:
Auswahl No. 10... 2,50
Auswahl S 1..... 3,80
Auswahl S 2..... 4,20
Sumatra Feltz, unsort. 4,50
Auswahl III B..... 5,-

Ausführliche Preisliste gratis.

Versand nicht unter 100 Stüd von einer Sorte gegen Nachnahme, von 800 Stüd an portofrei, bei 1000 Stüd 5 pZt. Rabatt.

Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Rauscher & Fabisch, Lieferanten zahlreicher Beamtenvereine und Militärkantinene. Berlin NW 6, Friedrichstr. 94, Fabrikgebäude, 1. Et. Seit Ladengeschäft.

Quittungsmarken und Kautschukstempel

Liefert seit 22 Jahren f. Tausende Rassen u. Vereine Jean Holze, Hamburg, Drehbahn 45.

Verlag sozialistischer Bilder. Fraktionsbild der soziald. Partei 1898. Illustrierte Preislisten gratis und franko.

Normalhemden

Größe Nr. 4..... M. 3,50 pro 3 Stüd
Nr. 5..... 5,- 3

Touristenhemden

Größe Nr. 4..... M. 4,30 pro 3 Stüd
Nr. 5..... 5,00 3

versende bei vorheriger Einzahlung des Geldes franko. Nachnahme 30 & mehr. Nichtgefallen zahle Geld zurück. Fr. Kopp, Neukirchen (Weiß).

Die besten Portemonnaies sind:

- „Solid“ 5 Fächer Goldschl. M. 2,30
„Prima“ 5 Fächer Goldschl. M. 2,80
„Extra“ feines Hägeltresor M. 3,50

Jahre lang haltbar! Schöne Form! Bei Nichtgefallen zahle Geld zurück. Bruno Hoffmann, Frankfurt a. M., Neuhöfstr. 30. Bei Boreinsend. franko, Nachn. 20 & mehr.

Für Stellmacher!

Eine gute, alte Stellmacherei, sichere Existenz, sofort billig zu verk. Offerten unter O. R. 64 an die Expedition dieses Blattes.

Advertisement for Meinel & Herold, featuring an image of a machine and text describing their products and services.

Genossen! Kauft nur den Bleistift

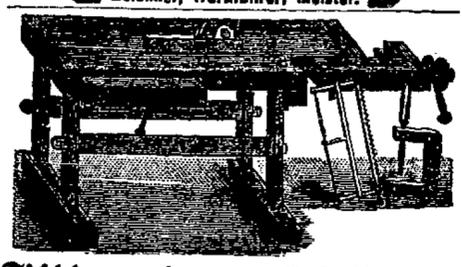
von Jean Blos. Stein bei Nürnberg.

Advertisement for Patent-Putz- und -Doppelhobel, featuring an image of a tool and text describing its benefits.

Advertisement for C. Bratsch, featuring a list of products like 'Bratsch'-Eichen-Wachsbeize, Granatpolitur, etc.

Tischler-Fachschule Detmold

Drei- und sechsmonatlicher Kursus. Eintritt täglich. Bewährte Ausbildung.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weitbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen. Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: H. Bode, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Tuer & Co., Bethe in Hamburg.